

Lübbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbillette „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 926.

Die Einzelgebühren betragen für die sechsgespaltene Beilagsseite oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Freitag, den 20. Oktober 1916.

23. Jahrg.

Französische Stimmungen.

Kürzlich hat im Reichstag unser Parteigenosse Scheidemann ausgeführt, Frankreich könne jederzeit den Frieden und damit die Räumung des französischen und belgischen Gebietes haben, natürlich unter der Voraussetzung einer vernünftigen Verständigung. Darauf erwiderte der als Sprachrohr der Regierung dienende „Temp“ selbst wenn nicht Scheidemann, sondern der Kanzler erkläre, „ich räume morgen Frankreich, Belgien, Elsaß-Lothringen und Serbien“, so würden die Ententemächte nicht auf diese List hineinfallen. Das Zentralorgan der französischen sozialistischen Partei, die „Humanité“, meinte sarkastisch, die Räumung des französischen Bodens müsse in Elsaß-Lothringen begonnen werden.

Danach will weder das Bürgertum noch die sozialistische Partei etwas von einem Frieden wissen, der nicht von der Entente diktiert würde. Wenn etwa darauf hingewiesen werden möchte, daß die Minderheit der französischen Partei darüber andere Anschauungen hätte und auf einen Verständigungsfrieden hinarbeitete, so ist zu bemerken, daß bei der letzten Kreditbewilligung sämtliche Mitglieder der Fraktion, mit Ausnahme von drei „Kienthalern“, eine Erklärung unterschrieben haben, in der es u. a. heißt: „Wir stimmen für sie (die Kriegskredite), weil wir bereit sind, alle Anstrengungen zu unterstützen, um die Unversehrtheit des Gebietes von Frankreich zu sichern, um Elsaß-Lothringen die Wiederherstellung des im Jahre 1870 zertretenen Rechts zu verschaffen, um die vollständige politische und wirtschaftliche Herstellung Belgiens und Serbiens zu sichern, um die Sicherheit eines dauernden Friedens zu erlangen.“ Einer der Kienthaler, Raffin-Dugens, erklärte übrigens in der Kammer, auch er sei „nicht einer derjenigen, die einen sofortigen Frieden, einen Frieden um jeden Preis wünschen“.

Mindestens die Eroberung von Elsaß-Lothringen ist also in Frankreich noch immer Kriegsziel, jedenfalls nach der „öffentlichen Meinung“, wie sie sich in Presse und Parlament ausdrückt. Da auf der anderen Seite in Deutschland nicht ein einziger ernst zu nehmender Mensch an einen Verzicht auf Elsaß-Lothringen als Preis eines Verständigungsfriedens denkt, so erscheint die Möglichkeit, anders als durch den vollen Entscheid der Waffen zum Frieden zu kommen ausgeschlossen. Wenn nämlich die „öffentliche Meinung“ wirklich die Meinung Frankreichs ist!

Daran läßt sich jedoch zweifeln. Es werden auch Stimmen bekannt, die ganz anders sprechen, als die mehr oder weniger offiziellen Kundgebungen. Wir wollen die Bedeutung solcher Stimmen gewiß nicht überschätzen, aber sie dürfen doch als ein Zeichen betrachtet werden, daß die Elsaß-Lothringen-Hypnose nicht alle Geister beherrscht.

Als der Ministerpräsident Briand neulich seine große kriegerische Rede hielt, beschloß die Kammer deren öffentlichen Anschlag, was im französischen Parlamentarismus den stärksten Ausdruck der Zustimmung bedeutet. Jetzt berichtet die „Norddeutsche Allg. Ztg.“: Briands letzte Rede in der Kammer veranlaßte nach Aussage von nordwestlich von Prosnos gemachten Gefangenen eine Kompagnie des 88. Infanterieregiments der 34. Infanteriedivision, folgenden Brief an Briand zu schreiben: Herr Briand möchte doch nicht den Mund so voll nehmen. Bevor er erklärt, es gebe nicht einen einzigen Franzosen, der den Frieden herbeisehne, möge er sich göttlich einmal an die Front bemühen und seine Nase in die Schützengräben stecken; da werde er sehr bald eines Besseren belehrt werden. Briands Bild aus einer illustrierten Zeitung wurde im Unterstand aufgehängt und mit großen Buchstaben darunter geschrieben „A bas Briand!“ (Nieder mit Briand!) — Natürlich beweist das zunächst nichts als eine starke Mißstimmung der Soldaten gegen den prächtlichen Minister. Doch die Erscheinung wird sofort ernsthafter, denn man hinzu nimmt, daß die Frontsoldaten über die Kriegsmöglichkeiten und Ausichten ganz anders urteilen, als die über die Erfolge der Sommeschlacht jubelnde Pariser Presse, und daß sie auch über die Leistungen der Militärs sehr kritische Anschauungen haben. So verzeichnet die „Nordd. Allgem. Ztg.“ die Angaben von gefangenen Angehörigen von 14 französischen, an der Somme kämpfenden Divisionen. Sie fürchten alle ihren Abtransport nach der „Hölle an der Somme“ und die Ueberläufer mehren sich. Ein gefangener Franzose kennzeichnet die Lage in Anbetracht des geringen Geländegewinnes durch folgenden Ausspruch: „Ce ne sont que nos enfants, qui arriveront à la frontière allemande.“ (Unsere Kinder —) wird die deutsche Grenze erreichen!) Nach Ansicht gefangener gebildeter Franzosen zeigten die Engländer im Laufe der Sommeschlacht wiederum eine typische Selbstsucht. Die Engländer übernehmen lieber die artilleristische Vorbereitung des Kampfes als den Kampf selbst. Sämtliche Göttergötter außer den offenen Größ auf die Engländer. Man nennt sie Amateure und Papierkrieger, die nicht vorwärts zu gehen, während die Franzosen für sie arbeiten müßten. Auch hinter der Front machten die Engländer sich sehr mißlieblich, ihnen in den Kaffeehäusern, machen den Franzosen den Hof, während Frankreichs letzte Reserven in den vordersten Linien verbluten. Sie kaufen

mit vielem Gelde Lebensmittel auf und treiben die Preise in die Höhe. Infolge der starken Gegensätze kommt es häufig zu Schlägereien zwischen englischen und französischen Soldaten. Die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Aushungerung Deutschlands ist unter den gebildeten Franzosen längst geschwunden.

Dagegen kann eingewendet werden, Gefangenenausagen gäben an sich schon kein richtiges Bild und außerdem könnten sie beliebig gefärbt werden. Es gibt aber Zeugnisse anderer Art, die nicht wohl als beeinflusst angesehen werden können. So veröffentlicht der in Lausanne erscheinende „Grut-léon“, das Organ der (sozialistischen) Grütlervereine französischer Junge, den Brief eines französischen Internierten, der sich gegen das Siegesgeschrei wendet und die Lage Frankreichs so schildert:

„Die Mannschafreserven sind nahezu erschöpft. Die Regierung hat jedoch eine dritte Nachmusterung der Untauglichen verordnet. Wie wird das wirtschaftliche Leben nach dem Kriegsende sich entwickeln? Der Mangel an Arbeitskräften wird Ausländer heranziehen, und das wird eine ungeheure Ueberflutung ergeben. Um den hohen Löhnen auszuweichen, bereiten die Kapitalisten Einfuhr von japanischen und chinesischen Arbeitskräften vor. England ist bereits in Unterhandlung mit amerikanischen Auswanderungsgesellschaften zum Zwecke der Einfuhr asiatischer Arbeitskräfte. Die Verschiedenheit der Sitten und des Temperaments werden natürlich fürchterliche Reibungen herbeiführen. Es wird eine Invasion in anderer Form sein, mit dem Unterschiede, daß die deutsche Invasion auf Kosten der französischen Bourgeoisie ging, währenddem die der gelben Arbeiter die Kassen der Bourgeoisie füllt und die eingeborene Arbeiterschaft herabdrückt. Es herrscht zurzeit in Frankreich ein Wiedererwachen der Reaktion. Die Bourgeoisie fürchtet die Einkommensteuer und die hohen Anleihen. Auch hat sie Angst vor der Revolution, weil ihre Versprechungen nicht ernst zu nehmen waren. Man weiß, was die herrschenden Klassen mit dem Volke vorhaben. Man kümmert sich schon nicht mehr um die Kriegsbeschädigten. Wenn ein Sieg die herrschenden Klassen, die Profitgier und die Börsenleute befriedigt, so kann nur eine Sache dem Volke dienlich sein: ein sofortiger Friede. Ein Friede, der noch den letzten Rest sichert, ein Friede, der die Ueberlebenden schont, damit ihre Bürde nicht allzu schwer sei. Das Proletariat wird weniger zahlreich sein, aber sein Los um so schwerer. Die Arbeit, die man von ihm verlangt, wird um so härter sein müssen, je umfassender die Ansprüche des Staates sein werden. Aber auch um so härter wird der Kampf gegen jede Reaktion sein müssen. Was kann uns ein siegreiches aber entvölkertes Frankreich nützen? Was nützt die Abschichtung von Millionen von Teutonen und Bulgaren, wenn unsere Zivilisation viel stärker durch unsern Sieg als durch einen sofortigen Frieden bedroht wird. Der Sieg erweckt keine Toten.“

Dieser Ruf nach dem sofortigen Frieden ist, wie man sieht, begründet mit politischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen. Der Briefschreiber hegt die schwersten Besorgnisse wegen einer selbst bei siegreichem Ausgang des Krieges notwendig eintretenden Schädigung der französischen Arbeiterklasse. Und dazu hat er alle Ursache.

Schon in den letzten Jahren vor dem Krieg hatte man in Nordfrankreich begonnen, für die Arbeit in den Bergwerken, bei Bauten, Kanalanlagen usw. Marokkaner heranzuziehen. Vielleicht war für die Wichtigkeit, die Frankreichs herrschende Klasse dem Besitz von Marokko beimaß, nicht nur

die Sehnsucht nach den gewöhnlichen Kolonialprofitten maßgebend, sondern daneben auch das Bedürfnis, sich einer Reserve billiger und williger Arbeiter für Frankreich selbst zu sichern. Während des Krieges sind nicht nur noch mehr Marokkaner, Algerier und Tunesier eingeführt worden, sondern auch westafrikanische Neger und Konkineen aus Hinterindien. Bei dem fürchterlichen Menschenverlust, den Frankreich bereits erlitten hat und den es bei seiner geringen Geburtenziffer nicht auszugleichen hoffen darf, ist der Vorwand zur Masseneinfuhr farbiger Arbeiter gegeben, und diese wird natürlich auf die übrig bleibenden französischen Arbeiter lohnträchtig wirken. Das würde tatsächlich eine Invasion auf Kosten der französischen Arbeiterklasse.

Damit in engster Verbindung steht das Aufkommen der politischen Reaktion. Es ist schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen worden, daß bereits ganz offen die „autoritäre Regierung“ im Gegensatz zur Parlamentarisherrschaft gefordert wird, eine „autoritäre Regierung“, die sich auf das Weiblich zu stützen hätte und die vorläufige Diktatur bis zur endlichen Einrichtung einer Form des Militarismus bedeuten würde. Jetzt scheint es schon Briand, der Vielgewandte, an der Zeit zu halten, sich dieser Stimmung zu bedienen, ein Beweis, daß er ihr Stärke und Erfolg zutraut. Denn Briand ist der reinste (wenn dieses Wort erlaubt ist) Vertreter des „Arrivismus“, des mit äußerster Gewissenlosigkeit und mit allen Mitteln betätigten Strebens nach persönlichem Erfolg, sei es an der Spitze, sei es inmitten eines der Herrschaft und die Beute ergreifenden Kilingels. Der Briand, der sich erst als Generalstreikpropagandist einen politischen Namen schuf, dann die sozialistische Partei als Sprungbrett zum Ministerstuhl benutzte, weiter sich für Sicherung seiner Stellung zum Werkzeug der Großbourgeoisie machte, der Briand wird natürlich auch nicht davor zurückschrecken, dem Sozialismus zu dienen, wenn er davon einen Vorteil zu erwarten hat. Wirklich hat es gerade jetzt, knapp vor dem Parteitag der gegenwärtig im französischen Parlament noch ausfallgebenden Radikalen, Briand für angeeignet gehalten, in dem der Redaktion dienenden „Figaro“ in großen Zügen seine „Reformabsichten“ für die innere Politik in Frankreich bekanntzugeben. Briand trägt kein Bedenken, sich darin in offenen Widerspruch zu den leitenden demokratischen Prinzipien Clemenceaus und Genossen zu setzen, indem er folgendes erklärt: „Der Krieg hat, nach meiner Meinung, Frankreich den Vorteil einer einheitlichen autoritativen Leitung vor Augen geführt und dem gesunden Volkserstande klar gemacht, daß dem Wohl der Gesamtheit gewisse Sonderinteressen zum Opfer fallen müssen. Es kann sich also nur darum handeln, auch klar und unumwunden auszusprechen, was die Volkseele im Innersten begehrt.“ Auf nähere Einzelheiten der geplanten einschneidenden Veränderungen einzugehen, hält Briand noch für verfrüht. Aber es ist handgreiflich, daß er die „einheitliche autoritative Leitung“ vom Parlament unabhängig machen will. Der Krieg soll diesen Staatstreich ermöglichen, indem unter Berufung auf die Not des Vaterlandes die Widerstrebenden zum Schweigen gebracht werden, und beistcht die Diktatur erst, so wird sie die Machtmittel schon gebrauchen: um sich zu erhalten und zu stärken. Die Diktatur wäre aber die Herrschaft der Großbourgeoisie. Diese hat also ein Interesse an der Verlagerung des Krieges — wenigstens bis zum Zeitpunkt, wo sie fest im Sattel sitzt.

Wie wir gezeigt haben, begreifen einzelne Franzosen ganz gut, welche Folgen das hartnäckige Festhalten an der Kriegspolice für ihr Volk haben muß. Aber vermögen sie es, gegen die „öffentliche Meinung“ durchzudringen? Einstweilen gewiß noch nicht.

Von den Kriegsschauplätzen.

Am Mittwoch unternahmen die Engländer an der Somme abermals einen Durchbruchversuch. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wurde der Kampf aufgenommen in der Hoffnung, daß es nun endlich doch einmal gelingen müsse, den Durchbruch zu erzwingen. Wieder konnte der Ansturm abgeschlagen werden und wieder hatten unsere Gegner eine Enttäuschung erlebt. Wie schwer der Kampf gemein sein muß, geht schon aus der von der Obersten Heeresleitung in ihrem Bericht angewandten Bezeichnung „Großkampftag“ hervor. Wie viel Menschenblut, wie viel Kummer und Elend mag wohl dieses eine Wort umfassen?

Ueber die deutsche Offensive in Siebenbürgen veröffentlicht das Presseamt des rumänischen Kriegsministeriums folgende beachtenswerte Mitteilungen: „Die deutsche Offensive nahm an der Siebenbürgener Front auf einer Länge von mehreren 100 Kilometern eine Festigkeit an, die an Kraft und Umfang die deutsche Offensive in Polen im Jahre 1915 erreichte. Die Kriegslage ist in rumänischen Kreisen augenblicklich nicht übersehbar. Erst in einigen Tagen werden sie beurteilen können, ob die Deutschen die groß angelegten Ziele erreichen, oder ob sie früher zum Stehen kommen. Die Bevölkerung wird jederzeit die Lage wahrheitsgetreu ohne Versuche zur Schönrederei dargestellt

bekommen, aber wir verlassen uns auf die Größe der rumänischen Seele. Der Brennpunkt ist augenblicklich die Dreiländer-Ecke, wo Ungarn, die Bukowina und Rumänien zusammenstoßen, das Gebiet bei Rikilaba und Dorna Watra in den Waldkarpathen. Die Deutschen wollen hier die Verbindung zwischen der rumänischen und der russischen Armee trennen, was den Feldzug entscheiden würde. Von diesem Punkt breitet sich der Kampf nordwärts aus. Die rumänische Heeresleitung bestimmte, den Widerstand längs der Bahnlinie Bukarest—Czernowitz zu leisten. Die Gebirge auf der rumänischen Seite den Nachschub für die Verteidigung unmöglich machen, muß im Norden ein Stück rumänischer Erde geopfert werden. Die russische Heeresleitung sagte uns eine Entlastungsoffensive in Wolhynien und der Bukowina auf der ganzen Front von Luch bis zu den Karpathen zu. General Brusilow will die denkbaren Anstrengungen machen, um gegen Kowel vorzurücken und General Schterbatow gegen Halicz. So wird gehofft, den Feind zu nötigen, zum Teil von den in Siebenbürgen stehenden Truppen weitere Truppen abzuziehen.“

Nach einer Stockholmer Meldung sollen zwischen der französischen und englischen Regierung Unstimmigkeiten über die Maß-

nahmen für Verrückung der militärischen Lage bestehen. Die französische Heeresleitung und General Joffre treten hiernach mit allen Mitteln dafür ein, daß die Entente auf dem Balkan mit starken Kräften auftritt und hier einen entscheidenden Schlag versucht. England vertritt dagegen die Ansicht, daß die Aufstellung einer neuen Armee in Rumänien notwendigerweise zu einer Zerspaltung der Entente mit sich bringen würde, zudem bezeichnet man die Entsendung eines neuen Heeres nach Rumänien als Abenteuerstrategie. In London herrscht die Auffassung vor, Rumänien dem eigenen Schicksal zu überlassen oder durch etwaige überschüssige russische Bataillone zu stützen. Das einzige Mittel zur wirksamen Verrückung der Kriegslage ist ein neuer äußerst starker Druck auf allen Fronten, der den Feind zum Zusammenbrechen bringen würde. Eine Einigkeit wurde in dieser Beziehung zwischen Frankreich und England noch nicht erzielt. Die französische Regierung übermittelte der rumänischen Regierung das Versprechen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften Rumänien zu Hilfe zu eilen. Auch England gab ein ähnliches Versprechen ab. Nur England beteiligte sich hieran nicht, während Italien die Konzession einleitete. Wenn man auch im allgemeinen derartigen Mitteilungen sehr feindselig gegenübersteht, da ja keine kriegsführende Macht ihre Pläne und Gedanken der Öffentlichkeit übermitteln darf, so hat diese Meldung doch manches Wahrscheinliche für sich. Wie unsere Leser erinnern, war schon vor einigen Tagen im englischen Unterhaus eine ähnliche Mitteilung in Bezug auf die Balkanoperationen gemacht worden, ohne von der Regierung dementiert zu werden. Es scheint also doch etwas Wahres daran zu sein, daß England lieber heute als morgen sich vom Balkan zurückziehen möchte.

Aus dem englischen Unterhause ist wieder etwas Interessantes zu melden. Der liberale Abgeordnete Chapple fragte, ob mit den Regierungen der Entente über die gemeinsame Kundgebung beraten worden sei, monach über die Friedensbedingungen, die Deutschlands Bundesgenossen anbahnen, nicht mit Deutschland verhandelt, sondern mit jedem von ihnen ein Sonderfrieden abgeschlossen werde. Lord Robert Cecil antwortete schriftlich folgendermaßen: Ich bin nicht bereit, irgend eine Mitteilung über die vertraulichen Verhandlungen zu machen, die zwischen den Alliierten stattgefunden haben. Der liberale Trevelyan fragte, ob die Regierung mit ihren Alliierten ein Abkommen abgeschlossen habe, Rußland als Resultat dieses Krieges Konstantinopel zu garantieren. (Rufe: O, ja). Cecil antwortete: Ich kann keine einzige Mitteilung (Hört-Hört-Rufe) über die möglichen Friedensbedingungen machen. Außer nach vorheriger Beratung mit den Alliierten und mit deren Zustimmung zweifle ich nicht, daß sie Mitteilung darüber machen werden, sobald sie es für wünschenswert halten.

Auskünfte verweigert also die englische Regierung kategorisch. Doch aus der Fragestellung läßt sich schon einiges entnehmen, da die englischen Abgeordneten unterrichtet zu sein pflegen. Zunächst zeigt sich, daß die Ententemächte darauf spekulieren, als Gesamtheit mit den einzelnen der mit Deutschland verbündeten Mächte Sonderfrieden abzuschließen, während sie unter sich durch den Septembervortrag gebunden sind, ihrerseits keinen Sonderfrieden einzugehen. Weiter ist die ständige Frage von Konstantinopel aufgeworfen — allerdings verflüchtigt, da die Entente erst siegen muß, ehe sie über die türkische Hauptstadt und die Meerengen verfügen kann. Der Minister lehnte jede Antwort entschieden ab, was in diesem Falle um so vorzuziehen ist, als der ganze nur scheinbar verschwundene englisch-russische Gegenstand zutage trat, wenn die Abmachungen über den nahen Osten bekannt würden.

In diesem Zusammenhang mag erwähnt werden, was ein französischer Sozialist dem Lanjanner „Grutleer“ kürzlich geschrieben hat: Wir haben aus sicherer Quelle erfahren, daß die Verbündeten im Frühling 1916 definitiv ein Abkommen unterzeichnet haben, nach dem der zukünftige Friede ohne „Anregionen“ unter Anwendung des „Nationalitäts-Prinzips“ geschlossen werden soll auf folgender Grundlage: Rußland wird Konstantinopel mit Umgebung und „Hinterland“ erhalten, dazu Armenien und Galizien und wird sich außerdem mit England in Persien teilen. Frankreich wird außer dem Elsaß Syrien und einen Teil Kleinasiens erhalten. Den anderen Teil erhält Italien, das außerdem in der Adria entschädigt wird. Das arme England, das zu den Waffen greifen mußte, um das mittelherrliche Belgien zu verteidigen, wird endgültig Ägypten, Syrien, Kleinasien, Mesopotamien annehmen. Palästina wird einen „neutralen“ (!) Staat unter dem Protektorat der Verbündeten bilden. Belgien und Portugal werden, so scheint es, in den Kolonien entschädigt.

In einer Unterredung mit einem Korrespondenten erklärte Genosse Stanning: „Es ist meine Überzeugung, daß alle drei nordischen Völker und auch die Regierungen der nordischen Länder fest entschlossen sind, ihre bisher eingenommene zentrale Haltung zu bewahren. Kein verantwortlicher Mann im Norden spielt mit dem Gedanken, sich in Konflikte zu wagen.“

Die Kriegslage.

Rien, 19. Oktober. (Amtlich.)

Deßlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzbischof Carl. Die Kämpfe an der preussisch-österreichischen Ost- und Ost-Grenze.

Front des Generalleutnants Prinz Leopold v. Bayern.

Südlich von Posen erfolgreiche Unternehmungen unserer Vorposten. Bei der Arzner des Generalobersten von Zersky wurde der Ortsteil ruppiger Gede-Artillerie abgeschlagen und an Oberen Stachd einige feindliche Gräben in Besitz genommen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe im Pajatis-Gebiet entwickelten sich mit gesteigelter Erbitterung. Die durch Alpen verstreute Brigade Liguria griff unsere Stellungen südlich des Gipfels an. Entschlossen gelang es dem Feinde in unserer verletzten Linie einzudringen: Die letzten Stöße unserer Regimenter Nr. 1 und 3 gemachten jedoch alle Stellungen wieder zurück, nahmen einen Bataillonsschwarm, 10 postige Offiziere, 153 Mann gefangen und erbeuteten 2 Maschinengewehre. Ein neuerlicher Angriff der Italiener wurde abgewiesen. Große feindliche Abteilungen, die sich vor dem Boite-River sammelten, wurden durch unsere Artilleriefeuer niedergeschlagen. An der einzigen Front verblieben die Geschütze. Unsere Flieger belegten Salsans und Engpass mit Bomben.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Nach Albanien nicht zu berichten.

Gegen Frankreich und Belgien.

Frankösischer Heeresbericht

vom 18. Oktober nachmittags: Nördlich der Somme erschienen gestern gegen Tagesende die Deutschen ihre Angriffswache gegen die französischen Stellungen von Sailly-Saillies. Drei Angriffe, die von Norden und Osten ausgingen, wurden durch unser Feuer der Reihe nach gestoppt und vertrieben den Deutschen wertvolle

Verluste. Alle französischen Gewinne werden vollständig behauptet. Keine Infanterietätigkeit im Laufe der Nacht. Südlich der Somme griffen die Deutschen um 5 Uhr morgens östlich von Berry-en-Santerre einen französischen Graben an. Einige Teile der ersten Sturmreihe konnten in vorgehobene Grabenteile eindringen. Aber die Eindringlinge wurden gelöst oder infolge eines Gegenangriffs gefangen genommen; die folgenden Sturmwellen wurden unter Feuer genommen und mußten in Unordnung zurückfluten. Sie ließen Tote auf dem Gelände zurück. Südlich von Arre drangen französische Aufklärungsabteilungen in der Gegend von Fresnoires in einen deutschen Graben ein und brachten Gefangene zurück. Südlich von Reims gelang im Abschnitt von Laponnelle ein anderer Handstreich vollkommen.

Abendbericht: Nördlich der Somme vollendeten wir die Eroberung des Dorfes Sailly-Saillies und vertrieben den Feind von dem Berggraben nordwestlich und nordöstlich des Dorfes. Südlich der Somme wurde die erste deutsche Linie auf der ganzen Front zwischen Maizonette und Blaches in einem Ansturm genommen. Bei diesen beiden Unternehmungen machten wir 250 Gefangene, darunter fünf Offiziere und erbeuteten mehrere Maschinengewehre. Auf der übrigen Front gewöhnliches Artilleriefeuer. Flugwesen: Trotz des nebligen Wetters zeigten sich unsere Jagdflieger sehr tätig. Im Laufe des 17. Oktober sind an der Sommerfront drei feindliche Flugzeuge heruntergeholt worden. Einer unserer Flieger wurde zwischen Rode und Lassigny von drei Fokkern angegriffen. Er zwang einen seiner Gegner zur Landung und schlug die andern beiden in die Flucht. — **O r t e n t - A r m e e:** Auf dem rechten Warbar-Ufer nahmen wir in einer Tiefe von 400 Metern feindliche Gräben. Serbische Truppen setzten ihr Vordringen auf den Abhängen nordwestlich von Dobropolje fort. In der Ebene von Monastir Gewehr- und Geschützfeuer. Türkische Abteilungen kamen an der unteren Struma an.

Englischer Heeresbericht

vom 18. Oktober, nachmittags: Während der Nacht regnete es heftig, trotzdem machten wir an mehreren Punkten zwischen der Straße von Albert nach Bapaume und Lesbocups Fortschritte und machten einige Gefangene.

Abendbericht: Der Angriff gewann morgens auf der Front nördlich von Guedecourt und gegen Butte-Barlencourt Ausdehnung. Ueber 150 Gefangene wurden gemeldet. Gestern machten unsere Flugzeuge drei Streifen und beschädigten dabei ein Gebäude mit Eigenmaterial und brachten einen Zug zum Entgleisen. Vier feindliche Flugzeuge wurden in Luftkämpfen zerstört; vier unserer Flieger sind nicht zurückgekehrt. — **Englischer Bericht aus Saloniki vom 18. Oktober:** An der Struma-Front beschloß unsere schwere Artillerie mit Erfolg das Dorf Barakli-Dzuma, wo Bewegungen des Feindes gemeldet worden waren. An der Doiran-Front andauernde Patrouillentätigkeit. Feindliche Artillerieabteilungen wurden zerstreut.

Eisgefahr in Archangelsk.

Der Eisbeobachtungsdienst Smatol Maß meldet nach Archangelsk, daß aus der nördlichen Barentssee starke Eismassen im Anzuge sind und daß die Eisbewegung erheblich zugenommen habe, jedoch nur noch mit einer kürzeren Periode im Weissen Meer zu rechnen ist. Die Station berichtet, daß größte Vorsicht in der Navigation anzuwenden ist, da außerordentlich zahlreiche Eisberge unter Wasser umhertreiben und die Fahrtwege stark gefährden. Vorläufig können nur die dringlichsten Munitionstransporte nach Archangelsk zugelassen werden. Sobald Archangelsk vereist ist, sollen sämtliche Transporte in Rindin und Alexandrowsk löshen. Im ersten Hafen befindet sich auch die russisch-englische Kriegsschiffsbasis für das Nordmeer.

Der Balkanrieg.

Rumänischer Heeresbericht

vom 18. Oktober: An der Nord- und Nordwestfront Artillerietätigkeit. Westlich von Fulghes und Sicsag wurden feindliche Angriffe abgeschlagen; wir machten 90 Gefangene. Im Abschnitt von Solovani nahmen wir zwei Offiziere und 65 Soldaten gefangen. Im Trouis-Tal ist der Kampf im Gange; wir nahmen bis jetzt einen Offizier und 100 Soldaten gefangen. Im Uzul-Tal wurden alle feindlichen Angriffe blutig abgeschlagen. Seitens der Östzege dauern im Dituz-Tale die Angriffe und Gegenangriffe mit gleicher Heftigkeit an. Wir brachten dem Feinde schwere Verluste bei und nahmen drei Offiziere und 100 Mann gefangen. In der Gegend von Franca leichte Gefechte westlich der Grenze; der Feind wurde abgewiesen. Im Sagen-Tale zerstörte unsere Artillerie ein feindliches Geschütz und zwang die vorgehobenen feindlichen Linien, sich einen Kilometer nach Norden zurückzuziehen. Bei Zablubiti Artilleriefeuer. Bei Brotoeca und Prebelus Ruhe. Bei Prebelus heftiges Artilleriefeuer. Bei Kulecas heftige Kämpfe. Wir erbeuteten vier Maschinengewehre und machten Gefangene. Im Alt-Tal wiesen wir einen feindlichen Angriff auf die Berge von Kobal ab, machten hier mehrere Gefangene und nahmen zwei Maschinengewehre. An der Sial-Front Ruhe. Die Artillerie behauptet die Front bei Orjova lebhaft. Südfront: An der Donau gegenseitige Schüsse. In der Dobrudzja zeitweiliges Artillerie- und Infanteriefeuer. Unsere Artillerie zwang ein feindliches Wasserflugzeug, zwischen unserer und den feindlichen Linien niederzugehen. Während des Sturzes ereignete sich auf dem Flugweg eine Explosion und es verbrannte.

Erfolg österreichischer Donau-Monitore.

Nach Lauer Blättern griffen österreichisch-ungarische Monitore Batterien an rumänischen Donau-Ufer an. Die Belagerung bemächtigte sich vier rumänischer Geschütze, die sie trotz heftigen Feuers der rumänischen Batterien an die Front führen konnten.

Die 4. rumänische Armee auf höchstaktigen Rückzug.

Die Wiener Allgemeine Zeitung meldet aus Budapest: Der Kriegserklärer des „Kaiser Oskar“ meldet aus dem Kriegsschauplatz: An der Ostfront und in Siebenbürgen überlegen sich die Ereignisse. Die 4. rumänische Armee trachtet in einer passablen Front die Karpatenberge zu erreichen. Im Beginn, die Hebergänge des Gerges- und Tolger Gebirges zu erreichen, gibt die fliehende rumänische Armee das unruhige Gebirge frei. Der Rückzug ist durch Bombardierungen und Beschießungen gescheitert.

Sarrails gecheiterte Offensive.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Mit unbeugsamer Zähigkeit wird von dem bulgarischen rechten Flügel an der mazedonischen Front der Feind festgehalten. Die heftigen serbischen Angriffe am Knie des Cernaslusses scheiterten vollständig. An den übrigen Fronten erreichte der Feind auch keine Erfolge. Die Offensive von Sarrail, der an einem einzigen Tage allein 300 000 Schrapnells vergebete, hat einen toten Punkt erreicht. Die Serben stehen nach elfstägigen erbitterten Kämpfen, die Tag und Nacht andauerten, dort, wo sie am 5. Oktober standen. Nicht einen Schritt kamen sie an der ganzen Front vorwärts. — Der Mitarbeiter des „Secolo“ in Saloniki führt aus, daß die letzten Erfolge Sarrails nicht zu übertriebenen Hoffnungen Anlaß geben dürften. Es sei unerlässlich, um ganz offen zu sprechen, daß weitere Truppen, Artillerie, Munition und Transportmittel nach Saloniki geschickt würden. Nur dann sei eine starke, entscheidende Offensive möglich. Selbst wenn die Bulgaren Monastir verlieren sollten, seien sie jedoch imstande, dauerhaften Widerstand zu leisten, der die Kräfte der Entente zermürben würde und dem Sarrail nicht die Mittel entgegenstellen könne, um ihn rasch zu brechen. Italien, das noch über starke Reserven verfügen müsse, sollte an erster Stelle auch mit Rücksicht auf seine Balkan-Interessen weitere Truppen nach Saloniki werfen. Für die übrigen Bedürfnisse an Artillerie und Munition könnten England und Frankreich sorgen. Es sei aber notwendig, sofort einzugreifen.

König Nikita ohne Geld und Kredit.

Der Berner „Bund“ meldet, daß König Nikita von Montenegro nicht mit den Unterstützungsgeldern zufrieden ist, die er bisher von seinen Verbündeten erhalten hat. Er muß die Ausgaben für die Reste der montenegrinischen Armee und Staatsverwaltung mit einer monatlichen Summe von 400 000 Franken bestreiten. Da ihm das nicht genügt, verlangte er in London mehr. Die englische Regierung forderte Nikita auf, Rechenschaft über seine Ausgaben abzulegen. Das hat den König gekränkt, und er wird einen Prinzen nach Petersburg entsenden, der die Vermittlung zwischen dem montenegrinischen Königshaus und seinen Bundesgenossen übernehmen soll.

Griechenland unter Kontrolle.

König Konstantin berief den englischen Gesandten Elliot zu sich und versprach ihm, die griechischen Truppen aus Thessalien zurückzurufen und zu entlassen, wenn die Alliierten als Gegenleistung auf die Kontrolle der griechischen Polizei verzichten. Auch Ministerpräsident Lambros suchte bei Jounet um Einschränkung der Befugnisse der in den wichtigsten griechischen Städten mit der Polizeikontrolle betrauten französischen Offiziere nach. Da die Antwort Jounets verneinend ausfiel, ließ der griechische Ministerrat Jounet mitteilen, daß die Regierung die von der Entente vorgeschlagene Kontrolle der Polizeimassnahmen in ganzer Ausdehnung annehmen werde. — Die Alliierten haben die Polizeimacht um zwei weitere Bataillone Infanterie und ein weiteres Kanallerie- und Matrosen-Bataillon verstärkt, die den Auftrag erhielten, Volksaufläufe unter allen Umständen zu verhindern. Zum Direktor der Auswärtigen Angelegenheiten bei der provisorischen Regierung ist Pylitis ernannt worden; er trat seine Stelle bereits an.

Der Seekrieg.

Die englische Truppentransportdampfer versenkt.

W.B. Berlin, 19. Oktober. (Amtlich.) Von unseren Unterseebooten wurden im Mittelmeer versenkt: Am 4. Oktober der leere englische Transportdampfer „Franconia“ (18 150 Brutto-Registertonnen); 11. Oktober der bewaffnete englische Transportdampfer „Croßhill“ (5002 Brutto-Registertonnen)



Die Front in Mazedonien d) Maglenitza-Teil
Aufmassliche Frontlinie 0 5 10 15 km. Nichtamtlich W.T.B. 3327

mit Pferden und serbischen Begleitmannschaften; am 12. Oktober der bewaffnete englische tiefbeladene Truppentransportdampfer „Sebek“ (4600 Brutto-Registertonnen). „Croßhill“ und „Sebek“ waren auf dem Wege nach Saloniki.

Am 16. Oktober hat eines unserer Unterseeboote Fabrik- und Bahnanlagen bei Catanzaro (Calabrien) mit Erfolg beschossen.

Versenkte französische Truppentransporte.

Ein Leitartikel im „Journal“ soll die öffentliche Meinung Frankreichs wegen der Torpedierung der „Gallia“ beruhigen. Der Verfasser zählt die bisher versenkten Truppentransporte in folgender Weise auf: „Admiral Hamelin“, 55 ertrunken,

„Caledonia“ 740, „Provence“, 1059, „Ville de Rouen“, 3, und „Gallia“ 1050. Gesamtsumme: 2907 Mann ertrunken. Aus dem Artikel geht ferner hervor, daß kurz nach der Verlenkung des englischen Truppentransportdampfers „Caledonia“ ein englischer Hilfskreuzer, dessen Name nicht genannt werden könne, und der von elf Zerstörern begleitet war, im Mittelmeer versenkt wurde.

Versenkte Schiffe.

Die schwedische Bark „Grella“ aus Stockholm, mit Grabholz von Göteborg nach Sunderland, wurde in der Nähe von Hirtaholm von einem deutschen Unterseeboot in Brand gesteckt. Die Besatzung von 18 Mann wurde von einem norwegischen Postdampfer aufgenommen und in Frederikshavn abends gelandet. — Der in Bergen beheimatete Dampfer „Sten“, mit einer Ladung Nickelzinn von Skien nach Grimsby, wurde von einem deutschen Unterseeboot versenkt. Die aus 16 Mann bestehende Besatzung wurde von einem schwedischen Dampfer abends in Kristianstad gelandet. — Ferner wurde der englische Dampfer „Welsh Prince“ versenkt.

Der englische Dampfer „Baron Carborough“ (1784 Tonnen) ging nach dem „Matin“ im Mittelmeer unter. Die Besatzung wurde von dem französischen Dampfer „Medjerna“ gerettet.

Aufgebrachter dänischer Dampfer.

Der dänische Dampfer „Progres“ mit einer Holzladung von Haparanda nach Borbeaug, wurde von einem deutschen Kriegsschiff aufgebracht und nach Swinemünde zur Untersuchung geführt. Unter der Besatzung waren zwei Finnen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 20. Oktober.

Zur Durchführung des Denkmalschutzgesetzes.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Wenn auch der Krieg mehr zerstört als erhält und wieder aufbaut, so haben doch die vielfachen Nachrichten über unsere Friedensarbeit in den besetzten feindlichen Landesteilen wiederholt Zeugnis davon abgelegt, daß auch wir „Barbaren“ in diesen Gebieten der Kunstschätze unserer Feinde uns annehmen und dafür sorgen, daß sie den Tüchtigen der kriegerischen bewegten Zeit entzückt werden.

Wie im Herbst des vergangenen Jahres in der Hauptstadt Belgens, Brüssel, eine Kriegsstiftung des sonst alljährlich in Deutschland oder Oesterreich zusammenkommenden Denkmalschutzvereins darüber beraten hat, mit welchen Mitteln im Kriegsgebiet der Schutz und die Erhaltung der Zeugen vergangener Kunst am besten durchgeführt werden kann, so sorgt seit einiger Zeit in dem gleichen Gebiet eine aus Architekten und Kunsthistorikern zusammengesetzte Kommission dafür, daß Vorbereitungen getroffen werden für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Orte und Baudenkmäler.

Und wie dort draußen, so geht auch bei uns im Lande diese Arbeit weiter. Zwar muß sie sich naturgemäß in ruhigeren Bahnen, als in der Zeit des Friedens bewegen, da die Mittel und Arbeitskräfte nicht im gleichen Maße wie sonst zur Verfügung stehen, aber doch ist auch hier von manchem neuen Erfolge der erhaltenden Tätigkeit zu berichten.

Auch in Lübeck hat inzwischen diese Arbeit nicht ganz geruht, wenn sie auch unter dem Druck der Verhältnisse einen zögernden Verlauf genommen hat. Nachdem am 3. Februar 1915, also schon während des Krieges, das Denkmalschutzgesetz die Genehmigung der geschützten Körperschaften gefunden hatte, sind im Herbst desselben Jahres die Arbeiten des Denkmalschutzes zur Durchführung des Gesetzes aufgenommen worden und jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Die Denkmalsliste, welche die Grundlage für den Schutz der Denkmäler im Privatbesitz bildet, ist aufgestellt und mit der Aufstellung der Verzeichnisse der Denkmäler im Staatsbesitz und im Besitz der Personen des öffentlichen Rechtes wurde der Umfang und die Bedeutung der zu schützenden Denkmäler bestimmter festgelegt.

Da mit der Mitteilung über die Eintragung der Denkmäler in diese Listen an die Verfügungsberechtigten nunmehr die Arbeit des Denkmalschutzes in die Öffentlichkeit übertritt, mag es an der Zeit sein, diese eingehender über die ganze Frage zu unterrichten. Die gesetzliche Regelung des Denkmalschutzes ist in Deutschland bisher nach zwei Richtungen hin durchgeführt.

Die erste Richtung, in der das Großherzogtum Hessen mit seinem hahnreichenden Denkmalschutzgesetz im Jahre 1902 vorgegangen ist und Oldenburg und Lübeck später gefolgt sind, will den Schutz auf die im Besitze des öffentlichen Rechtes befindlichen Denkmäler im vollen Umfange, auf Denkmäler im Privatbesitz aber nur soweit ausdehnen, als sie in eine Denkmalsliste eingetragen sind. Die Eintragung in die Liste, das dem französischen Gesetz entnommene „classement“ ist also immer die Voraussetzung für die Ausübung des Schutzes. Wird durch die Durchführung des Denkmalschutzes seinem Eigentümer ein Schaden zugefügt, so ist dieser vom Staate zu ersetzen.

Die andere Richtung, die von den Bundesstaaten Preußen, Sachsen, auch den Schwesterstaaten Hamburg und Bremen verfolgt wird, kann man kurz die Geheze zur Verhütung einer Verunstaltung nennen. Sie setzen durch allgemeine oder nur für bestimmte Ortsteile erlassene Bestimmungen fest, daß Veränderungen an Baudenkmälern von Denkmalwert ebenso wie die Veränderung der Umgebung eines Denkmals genehmigungspflichtig sind. Die Befreiung eines Denkmals kann dabei in den meisten Fällen nicht verhindert werden, auch haben sowohl die Geheze in Preußen wie in Sachsen die Bestimmung, daß die Genehmigung zu einer Bauausführung an einem Denkmal nicht verweigert werden darf, wenn dadurch dem Bauherrn ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil oder Kostenaufwand erwächst.

Wenn sich darnach auch der Schutz bei den Gesetzen der zweiten Art auf einen größeren Kreis von Denkmälern erstreckt, so steht man doch ohne weiteres, daß er zugleich durch die einschränkende Bestimmung wesentlich an seiner Wirksamkeit verliert, denn es wird sich bei jeder größeren Veränderung eines Denkmals um eine bessere wirtschaftliche Ausnutzung handeln, so daß also durch die Verfolgung der Genehmigung dem Eigentümer ein wirtschaftlicher Nachteil erwachsen wird. Damit ist aber die Durchführung des Schutzes unmöglich gemacht.

Demgegenüber sind diejenigen Gesetze, welche nur die begrenzte Zahl der eingetragenen Denkmäler schützen, in dem Umfange ihres Schutzes beschränkt, aber in diesem beschränkten Kreise auch um so wirksamer, weil sie den Schutz in vollkommener Weise durchführen können, indem sie zugleich in folgerichtiger Weise den Eigentümern entstehenden Schaden ersetzen.

Daß Lübeck bei seinem reichen Schatz an Denkmälern diesen Weg betreten hat, nachdem bereits vorher der andere durch die Bestimmungen in § 64 der Bauordnung zu gehen versucht war, ist verständlich. Nur so kann wirklich ein ausreichender Schutz ausgeübt werden, nur so kommt aber auch das berechnete Interesse des Eigentümers genügend zu seinem Rechte.

Denn auf einen Ausgleich der Interessen des Eigentümers und der Öffentlichkeit wird es in allen Fragen der Erhaltung von Denkmälern im Privatbesitz letzten Endes immer ankommen. Erfahrungen in anderen Bundesstaaten haben gezeigt, daß dieser Ausgleich leichter zu finden ist, als man nach den Gesetzesbestimmungen denken sollte. Nicht in dem bloßen Verbieten wird der Denkmalschutz seine Tätigkeit suchen müssen, sondern in der Beratung der Denkmaleigentümer. In gemeinsamen Verhandlungen muß ein Weg gefunden werden, auf dem eine Vereinigung beider Interessen zu erreichen ist. Daß diese Verhandlungen, bei deren Einleitung und Durchführung man früher immer nur auf den

Der amtliche Kriegsbericht.

Über 2000 Russen gefangen.

W.B. Großes Hauptquartier, 20. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bei regnerischem Wetter blieb der gegenseitige Artilleriekampf auf beiden Seiten außerordentlich lebhaft. Ein Angriff entriß den Engländern den größten Teil des am 18. Oktober in ihrer Hand gebliebenen Graben westlich der Straße Courcouron-le-Baraque. In den Abendstunden leisteten die Vorposten englischer Abteilungen nördlich von Courcellette und östlich von Le Sars.

Nachträglich wird gemeldet, daß die Engländer sich bei dem letzten großen Angriff einiger von ihnen so gerühmten Panzerkraftwagen (Tanks) bediente. Drei liegen durch unsere Artillerie zerstört vor unseren Linien.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Vor den von uns gewonnenen Stellungen nördlich von Sinawa (am Stochod) brachen mehrere russische Teilangriffe verlustreich zusammen. Südwestlich von Swistelnka, auf dem Narajowka-Westufer, stürmten deutsche Bataillone eine wichtige russische Höhenstellung mit ihren Anschließlinien und schlugen Wiedereroberungsversuche blutig ab. Der Gegner ließ hier wiederum 14 Offiziere und 2050 Mann und 11 Maschinengewehre in unserer Hand.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Südteil der verschneiten Waldkarpaten wurde der Feind vom Gipfel Mt. Kusulni geworfen.

An den Siebenbürger Grenzkämmen nehmen die Kämpfe ihren Fortgang.

Balkan-Kriegsschauplatz. Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Geschäftstätigkeit an der Dobrudzhafront ist lebhafter geworden.

Mazedonische Front.

Nach anfänglichen Erfolgen wurden serbische Angriffe am Ceranobogen zum Stehen gebracht. Nördlich der Ridze Planina und südwestlich des Doiran-Sees leisteten feindliche Teilvorstöße.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

guten Willen des Eigentümers angewiesen war, jetzt in jedem Falle möglich sind, halten wir für einen Hauptvorzug des Gesetzes. Die Kunst ist eine zu zarte Wille, als daß sie nicht unter den rauhen Wind einer rein polizeilichen Behandlung leiden muß. Hoffen wir, daß durch diese gelinderen Einflüsse ihr eine weitgehende Erhaltung und Förderung zuteil werde. Dabei ist an die Spitze dieser Verhandlungen allerdings immer der Satz zu stellen, den die Baubehörde seinerzeit in dem Begleitbericht zum Gesetz geschrieben hat, daß in einer Stadt von der geschichtlichen künstlerischen und kulturellgeschichtlichen Vergangenheit Lübecks die Pflege der Denkmäler nicht nur zu einer Selbsterhaltungspflicht, sondern zu einer nationalen Pflicht gegen die Gesamtheit des deutschen Volkes wird.

Im Nachstehenden geben wir noch die Erläuterungen über die Rechtswirkung der Eintragung eines Denkmals im Privatbesitz in die Denkmalsliste wieder, welche der Denkmalschutz den Mitteilungen über diese Eintragung an die Eigentümer beigefügt hat.

Die Eintragung eines Privatpersonen gehörenden unbeweglichen Denkmals (Baudenkmals) in die Denkmalsliste auf Grund der Bestimmungen des Denkmalschutzes vom 3. Februar 1915 hat zunächst nur die Wirkung einer Vormerkung, daß das Denkmal unter den Schutz des Gesetzes gestellt worden ist, nicht aber die Folge, daß der Eigentümer die Verfügung über das Denkmal verliert und keinerlei Veränderung daran mehr vornehmen darf. Das Denkmalschutzgesetz, das den Schutz bedeutungsvoller Denkmäler im öffentlichen Interesse ausstreckt, will dabei zugleich den Interessen des Eigentümers des Denkmals an dessen Ausnutzung soweit gerecht werden, als dies mit dem Denkmalschutz zu vereinigen ist. Ist eine Vereinigung dieser Interessen nicht möglich und müssen deshalb die Interessen des Eigentümers zurücktreten, so wird diesem der dadurch entstehende Schaden ersetzt. Wenn der Denkmalschutz in der Entscheidung kommt, daß die Gründe für die Erhaltung des Denkmals überwiegen, so ist damit aber noch nicht gesagt, daß das Denkmal in unveränderter Form erhalten werden muß. Vielmehr besteht die Absicht, in Verhandlungen mit seinem Eigentümer schlichtlich, oder etwa durch eine Veränderung des Bauplanes ein Weg gefunden werden kann, auf dem das öffentliche Interesse an der Erhaltung des Denkmals sich mit den Wünschen des Eigentümers vereinigen läßt. Um diese Verhandlungen zu ermöglichen, ist in jedem Falle, wenn eine Veränderung oder Vernichtung eines Denkmals geplant wird, ein entsprechender Antrag auf Erteilung der Genehmigung an den Konservator (z. Bt. Baudirektor Balzer, Mühlendam 10) zu richten, der ihn dem Denkmalschutz zur Entscheidung vorlegt.

Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen lauten wie folgt: § 3. Unbewegliche Denkmäler (Baudenkmäler) dürfen ohne Genehmigung des Denkmalschutzes weder veräußert oder dem Verfall preisgegeben, noch in ihrem Bestande oder Aussehen verändert, insbesondere auch nicht wiederhergestellt, überbaut oder bemalet werden. § 4. Bauliche Anlagen oder Veränderungen, sowie ausdringliche Ausschüßten, Malereien oder Reliefschilde an einem Baudenkmal oder in dessen näherer Umgebung dürfen ohne Genehmigung des Denkmalschutzes nicht ausgeführt oder angebracht werden, wenn sie geeignet sind, das Denkmal zu verdecken, zu verunstalten oder in seiner Wirkung wesentlich zu beeinträchtigen.

Der Denkmalschutz hat keine Entscheidung binnen längstens sechs Wochen zu treffen. Gegen die Entscheidungen des Denkmalschutzes kann innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat die Beschwerde an den Senat eingelegt werden; der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Wird eine beantragte Genehmigung versagt oder nur bedingungsweise erteilt, so kann der Eigentümer vom Staate binnen einer Frist von zwei Monaten Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch die Verfolgung der Genehmigung oder durch die Erfüllung der an die Genehmigung geknüpften Bedingungen erwächst. Wenn die Umstände es rechtfertigen, kann der Eigentümer sogar an Stelle des Schadensersatzes verlangen, daß der Staat ihn gegen Abtretung des Eigentums an dem Denkmal oder an dem Grundstück für die Entziehung des Denkmals oder des Grundstücks entschädigt. Kommt eine Einigung über die Schadensforderung nicht zustande, so steht dem Eigentümer der Rechtsweg offen.

Eine Ergänzung der Kirchensicherungsverordnung, die am 28. Juni d. J. vom stellvertretenden Generalkommando des 9. Armeekorps erlassen worden ist, wird durch eine Bekanntmachung derselben Stelle in heutiger Nummer unseres Blattes veröffentlicht. Wir weisen alle Interessenten auf diese neue Bekanntmachung hiermit hin.

Von der Kriegsausstellung. Donnerstag ist bereits eine Sonderausstellung, die Abteilung des Reichs-Postmuseums, hier eingetroffen, um schon jetzt im Kolosseum zusammengeheftet zu werden. Die Gesamtausstellung hat durch diese reichhaltige Sondergruppe eine schöne Bereicherung erfahren, sie wird nicht wenig zur Belebung des großen Gesamtbildes beitragen.

Die Kriegs-Broschürenausstellung wird, wie man uns schreibt, in nächster Zeit ins Leben treten. Soll ihre kriegerisch-wirtschaftlich dringend nötig gewordene Arbeit erprießlich sein, so muß sie auf die Mitwirkung der ganzen Bevölkerung rechnen können. Es handelt sich um eine geordnete Sammlung aller Speiserezepte und Kochrezepte, für die vor allem die Mithilfe unserer Schuljugend aufgerufen werden soll. Ueber Zweck und Einrichtungen der Kriegs-Broschürenausstellung wird am Dienstag, dem 24. Oktober, abends 8½ Uhr Herr Generalsekretär Komoll, der Schöpfer und Leiter der Hannoverischen Waffenausstellung und Waffalberwertung, in der Aula des Johanneums sprechen. Er wird seine Darlegungen durch Lichtbilder veranschaulichen. Der Vortragende ist ein ausgezeichneter Redner. Alle Behörden, Vereinigungen und Personen, die verwaltungsmäßig oder ideell an der neuen Einrichtung Anteil nehmen, werden um Erscheinen gebeten. Der Ausschuss der Broschürenausstellung wendet sich vor allem an unsere Lehrerschaft mit dem Ersuchen, seiner neuen Arbeit ihre wertvolle Mithilfe zu geben. Die Mitteilungen aus dem Kriegs-ernährungsamt haben hervor, daß es eine Aufgabe der Stunde sein muß, alle Hände zu rühren, um die Waffalberwertung in wirklich fruchtbringende, alle Werte ausnutzende Bahnen zu bringen.

pb. Stebbriefling. Ermittelt und festgenommen wurde ein Schneibergeheule aus Neudorf, der sich in Zehoe und Umgegend verschiedene Betrügereien auszuloben kommen lassen hatte und dieserhalb stebbrieflich verfolgt wurde.

Entm. Die amtliche Ermittlung des Wahlergebnisses der Landtagswahl im 23. Landtagswahlkreis (Fürstentum Lübeck, Nordbezirk) am 13. Oktober 1916 hat folgenden ergeben: Es sind abgegeben im ganzen 1159 Stimmen, davon ungültig keine Stimme, also gültige Stimmen 1159. Es haben erhalten: 1. Hauptmann von Levesow, Siebeck 1074 Stimmen, 2. Bauunternehmer Steenbock, Jiffau 615 Stimmen, 3. Lehrer Bock, Schwartau 532 Stimmen, 4. Lehrer Harms, Malente 2 Stimmen. Der Hauptmann von Levesow, Siebeck und der Bauunternehmer Steenbock, Jiffau, sind somit gewählt.

Segeberg. Ein herrliches Leben führten Spitzbuben in einem noch unbewohnten Stationsgebäude an der Kleinbahn Lübeck-Segeberg, die in später Abendstunden sich dort aus den von ihnen gestohlenen Eiern, Butter, Schinken, Käse usw. ein laudables Mahl bereiten, wobei sie von Gardamen gestört wurden. Den größten Teil ihres Vorrats hatten sie vorzüglich in der Nähe des Gebäudes in einem Kistchen versteckt. Man fand hier einen Topf mit 25 Pfund Butter, Schinken, Brot, Speck und was sonst zur menschlichen Nahrung gehört. Die Täter sind der frühere Hausknecht J. aus Segeberg und ein Hamburger.

Hamburg. Wo Kriegsgewinne gemacht werden. In der Aufsichtsratsitzung der Waren-Kommissionsbank in Hamburg wurde beschlossen, der Generalversammlung der Aktionäre am 6. November die Verteilung von 35 Prozent Dividende, wie im vorigen Jahre, in Vorschlag zu bringen. — Traurige Ausnutzung der Kriegszeit. In einem Laden in Falkenberg, dessen Küche als Herstellungsraum diente, besaß sich der Kaufmann Leo Fürst mit der Fabrikation von Fleischkonserven, die hauptsächlich dazu dienten, als Liebesgaben für unsere tapferen Krieger ins Feld geschickt zu werden. Im Oktober v. J. wurden nun einige dieser Konserven als total verdorben der Behörde eingeliefert. Darauf wurde festgestellt, daß der Betrieb vom Angeklagten ohne Sachkenntnis in leichtfertiger Weise geführt wurde und daß etwa 30 Prozent der vorhandenen Konserven verdorben und zur menschlichen Nahrung ungeeignet waren. Das Schöffengericht verurteilte Fürst wegen fahrlässigen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu der gesetzlich höchsten Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Dagegen legte er Berufung ein, die nun vor der Strafkammer zur Verhandlung gelangte. Durch die Beweisaufnahme kam aber auch dieses Gericht zu der Überzeugung, daß Fürst grob fahrlässig gehandelt habe. Er habe, ohne die geringste Sachkenntnis gehabt zu haben, es an der nötigen Vorsicht und Umsicht fehlen lassen. Wenn auch nicht auf die höchste zulässige Strafe zu erkennen sei, so müßte doch auf eine empfindliche Strafe erkannt werden. Die in erster Instanz ausgesprochene Strafe wurde auf vier Monate Gefängnis herabgesetzt.

Güstrow. Geständnis des Muttermörders. Der Mörder Rudolf Liebig sängt an, ein Geständnis abzulegen. Liebig, der wegen Ermordung seiner Mutter zum Tode verurteilt wurde, hat um Verhütung gebeten. Er stellte dem Ersten Staatsanwalt Krüger in Güstrow seine Tat folgendermaßen dar: Am Betttag morgen habe er seiner Mutter Vorwürfe gemacht, daß sie die Gerächtschaften, die er am nächsten Tage zum Dung habe brauchen müssen, verachtet habe. Er habe sich dann sein gutes Zeug angezogen, seine Papiere genommen und das Haus verlassen, eigentlich in der Absicht, aus Blau fortzugehen. Mittags sei er aber doch zurückgekehrt und am Abend beim Zubettgehen habe die Mutter zu ihm gesagt, es sei doch nicht so schlimm, die Geräte wieder anzuschaffen. Im weiteren Verlaufe habe sie ihm dann ein Beil gegeben, über das sie schon am Morgen gesprochen hätten, daß er es am nächsten Morgen mit in die Fabrik zum Schleifen nehmen sollte. Er habe das Beil der Mutter vor die Füße werfen wollen. Die Mutter wäre aber, vom Beil getroffen, zusammengebrochen und nach kurzer Zeit tot gewesen. In seiner Erregung hierüber habe er nun angefangen, die Leiche durch Beilhiebe zu zerstückeln und dann schließlich mit den Beilen in einem Sad auf den Hof gebracht und hier die Zerstückelung fortgesetzt, nachdem er versucht habe, Leiche und Beilen in einer von ihm in der Nacht gerabenen Grube zu verbergen. Dabei sei er überfallen worden und habe darauf Leichenteile und Beilen in den Blauer See geworfen.

Lüneburg. Gegen die hohen Honigpreise wenden sich die Bewohner der Lüneburger Heide. Die Zimter fordern für das Pfund Honig den unerhörten Preis von 2,50 Mk., der in Friedenszeiten an den Händler mit 1 Mk., an den Privatmann mit 1,20 Mk. abgegeben wurde. Es wird hiergegen die Hilfe der Behörden umgehört angerufen, als die Zimter vom Reich durch Ueberweisung von 30 Millionen Zuckereinheiten unterstützt worden sind. Der Zweck dieser Maßnahme, dem Publikum billigen Honig zu liefern, wird durch den teuren Honigpreis in das Gegenteil verkehrt. Von der Staatsregierung wird erwartet, daß sie schnelligt den Honigpreis auf ein normales Maß zurückzuführen möge, eine Forderung, die um so berechtigter ist, als inzwischen der Honighandel zum Honigmacher ausgeartet ist.

Neueste Nachrichten.

Amsterdam, 20. Oktober. Nach Meldungen des Reuterschen-Bureaus aus London ist der Cunard-Dampfer „Alaunia“ (13 500 Tonnen) gesunken. Der Kapitän der „Alaunia“ und 163 Mitglieder der Besatzung sind gerettet. Ungefähr 180 Passagiere sind vor den 163 Mitgliedern der Besatzung gelandet worden.

Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verteiler: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Ohne Bezugsschein



Blaue Jackenkleider
29.00 39.00 48.00
Farbige Jackenkleider
58.00 78.00 89.00
Einfarbige Wintermäntel
26.00 39.00 49.00
Phantasie-Wintermäntel
34.75 44.00 56.00

findet man bei mir
Damen-Kleidung
in reichster Auswahl zu neben-
stehenden Preisen.
Ich bemerke hierbei ausdrücklich,
daß es sich um frische, neue Ueber-
gangs- bzw. Winterware handelt,
die jedoch **Bezugsscheinfrei** ist,
weil sie bereits vor dem 10. Juni
dies. Jahres in meinem Hause war.

Schwarze Mäntel
36.00 48.00 62.00
Blaue Röcke
10.75 12.75 19.50
Farbige Röcke
8.75 14.75 19.75
Kindermäntel
12.00 16.00 19.00

Rudolph Karstadt, Lübeck

Ergänzung der Kurpfälzischer-Verordnung vom 28. 6. 1916 (K. V. Bl. 16 Nr. 1650).

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordne ich auf Grund des Belagerungsgesetzes folgendes:

- Die Verordnung betreffend das Massieren vom 22. 3. 1915 (K. V. Bl. 1915 Nr. 779) wird aufgehoben.
Die Ausübung von Massage aller Art durch Personen weiblichen Geschlechts ist nur mit schriftlicher Genehmigung der zuständigen Polizeibehörden gestattet.
 - Zu den in Ziffer 1. der Verordnung vom 28. 6. 16 genannten Personen gehören auch Masseure und Masseusen sowie Personen, welche die Behandlung oder Beseitigung von Schönheitsfehlern anbieten.
 - Zu den in Ziffer 1. 4 der Verordnung vom 28. 6. 16 bezeichneten Handlungen gehören auch die öffentliche Anfrömmung von Schönheits-, Körper-, Gesicht-, Hand- und Nagelpflege, Fußpflege, Haarpflege und ähnliche Anfrömmungen, sowie das Anerbieten von Unterricht in irgendwelcher Heilbehandlung durch Personen ohne entsprechende staatliche Anerkennung.
 - Verboren wird der Verkauf und jede sonstige entgeltliche oder unentgeltliche Ueberlassung von Abtreibemitteln, von Instrumenten zur Einführung in die Gebärmutterhöhle insbesondere von hohlförmigen Reizern (Sterileite) und von Mutterkornen mit langem Anlag, deren Endstück dünner als 1 cm ist, außer auf schriftliche ärztliche Anordnung durch Apotheken.
- Zwiderhandlungen ziehen die im Belagerungs-gesetz in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. 12. 1915 angedrohten Strafen nach sich.

Lübeck, den 14. Oktober 1916. (5126)
Der stellvert. kommandierende General,
Gen. v. Falk,
General der Infanterie.

Bekanntmachung betreffend Hauschlachtungen.

Auf Grund der §§ 3 und 9 der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs vom 21. August 1916 wird hiermit folgendes angeordnet:

Selbstversorger wird hiermit die Erlaubnis zur Hauschlachtung von Schweinen zum Zwecke des Verbrauchs im eigenen Haushalt unter der Voraussetzung erteilt, daß sie die zu schlachtenden Tiere in ihrer Wirtschaft mindestens sechs Wochen gehalten haben.

Mehrere Personen, die für den eigenen Verbrauch gemeinsam Schweine mästen, werden ebenfalls als Selbstversorger angesehen. Auch ihnen wird hiermit allgemein die Erlaubnis zur Schlachtung für Selbstversorgungszwecke erteilt, wenn sie das Schwein sechs Wochen lang in einer ihrer Wirtschaften gehalten und gemeinsam gemästet haben. Als gemeinsam gemästet gilt das Schwein nur, wenn es aus Erzeugnissen oder Abfällen der Wirtschaften aller Beteiligten ernährt worden ist. Die bloße Zahlung eines Entgeltes für die Mästung oder zur Anschaffung von Futtermitteln ist als gemeinschaftliche Mästung nicht anzuzählen.

Selbstversorger bedürfen demnach zum Schlachten von Schweinen keiner besonderen Erlaubnis mehr, sie haben aber die erfolgte Schlachtung unter Angabe des amtlich festgestellten Gewichtes des geschlachteten Tieres innerhalb sieben Tagen bei der Geschäftsstelle des Polizeiamtes Breue Str. 651 schriftlich anzuzeigen, damit die Verrechnung auf die Fleischkarte erfolgen kann. Der Selbstversorger hat dabei anzugeben, welche Familienangehörige oder andere Personen er zu versorgen hat, und während welcher Zeitraumes er das Fleisch zu verbrauchen gedenkt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Anforderung zur Ablieferung von Fleisch an den Kommunalverband nur dann ergehen wird, wenn die Menge des von Selbstversorgern gewonnenen Fleisches so groß ist, daß ein Verderben zu befürchten ist. Es ist indes jedem freigestellt, einen Teil des Fleisches abzuliefern, er kann dafür in gewissen Grenzen Fleischkarten erhalten, jedoch er in der Lage ist, sich auch frisches Fleisch zu kaufen.

Zwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden auf Grund des § 14 der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 19. Oktober 1916. (5120)
Die Betriebsbehörde Abteilung für den Schlachthof,
Das Polizeiamt.

Ernährungs-Ausschuss.

Schluss in der Markthalle an jedem Samstag und Sonntag.

Beikohl (Winterkohl), Strohbohnen

Preis 5 Pfennig. (5128)

Aufruf.

Zum dritten Male rüftet sich die unterzeichnete Abteilung, unsere braven Truppen im Felde und in den Lazaretten durch Weihnachtsgaben zu erfreuen.

Wie im vorigen Jahre soll jeder Mann ein Liebesgabenpaket erhalten.

Um die auf Lübeck entfallende Anzahl, aus der in erster Reihe unser einheimisches Regiment Nr. 162 bedacht werden soll, zu beschaffen, ist die tatkräftige Beteiligung aller Kräfte erforderlich.

In geringerem Maße als in vielen anderen deutschen Städten ist das wirtschaftliche Leben unserer Stadt von den hemmenden Wirkungen des Krieges betroffen worden. Es ist daher eine Ehrenpflicht Lübecks, mit seiner Leistung nicht zurück zu bleiben.

Wir zweifeln nicht, daß alle Kreise unserer Bevölkerung freudig die Gelegenheit benutzen werden, unseren über alles Lob erhabenen Truppen für den Schutz des Vaterlandes, für ihre heldenmütigen Taten und bewunderungswürdig ertragenen Entbehrungen durch Weihnachtsgaben ihren tief empfundenen Dank zu bezeugen.

Daher Herz und Hand offen!
Gebe jeder nach seinen Kräften!

Erwünscht sind folgende Gegenstände: Hosenträger, Zahnbürsten, Zahnpulver, Haarbürsten, Taschenspiegel, Kleiderbürsten, Stiefelbürsten, Brustbeutel, Geldtäschchen, Notizbücher, Briefpapier, Postkarten, Bleistifte, Brieftaschen, Taschenmesser, elektrische Lampen, Ersatzbatterien, Eßbesteck, Löffel, Büchsenöffner, Mundharmonika, Nähkästchen, Sicherheitsnadeln, Zigarren, Zigaretten, Rauchtobak, Kautabak, kurze und lange Tabakpfeifen, Zigarrenkästchen, Kartenpiele, Marmelade, Fruchtkäse, alkoholfreie Getränke, Bonillonwürfel, eingemachte und gedörrte Früchte, Heringe, Rollmops, Räucherfische, Bier, Rotwein, leichter unterfälschter Landwein, Leifestoff, Spiele (Schach, Domino, Halma) usw. Die Beifügung von Weihnachtsgedächtnis, Schokolade usw. möge man einschränken.

Dagegen ist Abstand zu nehmen von vorstehend nicht erwähnten Lebensmitteln, ferner von leicht verderblichen und feuergefährlichen Gegenständen sowie von Wollstoffen.

Wir sind gerne erbötig, gegen Vergütung von vier Mark sorgsam zusammengestellte Pakete, denen die Karte des Gebers beigelegt werden soll, zu liefern, doch müssen Bestellungen bis spätestens zum 1. November erfolgen, damit wir rechtzeitig eine Übersicht über die alsdann noch aus eigenen Mitteln herzustellende Anzahl der erforderlichen Pakete gewinnen können.

Bestellungen auf Liebesgabenpakete sowie Gaben werden jederzeit entgegengenommen: St. Annenstraße 2.

Geldspenden werden erbeten durch Einzahlungen an die hiesigen Banken auf Konto: „Kriegsspende“.

Die Vereine vom Roten Kreuz,
Abteilung für Liebesgaben.

5117

Ernährungs-Ausschuss.

Bis auf weiteres jeden Mittwoch und Sonnabend

Verkauf von Gänsen

unzerlegt das Pfund Mk. 4.10. (5119)

Taschenuhren
Wanduhren
Weckuhren
Silberwaren
Willy Westfahlung,
32 Holstenstr. 32.
uhren-Reparatur-Werkstatt.

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zellstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die

Nähähle Stepperin D.R.G.M.
Solide, beste Konstruktion. Näht Stepptisch wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadel-sortierung und Leinwandzwirn, verpackt und postfrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

5109

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlmarkt
4. Otto Albers 10.
4. B. kompl. Betten v. 12.50 Mark an
Bettfedern per Bfd. v. 45 kg b. 4 Mk.
5110 Rote-Lubeca-Marken.

Markthallenstand
46. (5131)
Sonnabend frisch eintreffend:
Feinste Goldbutt, Dorsch,
Hamburger Stint,
Johannes Boy, Markthallenst. 46.
NB. Abends auch frische. Markt 46

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Kohlenteer, Holzteer
und Carbolinum
empfiehlt
Reinh. Büsen,
Arminstr. 1a. (5130)

Knochenverkauf.
Sonnabend, 21. Oktober 1916:
Nr. 10401-10600 v. 10-12 U. vorm.
Nr. 10601-11100 v. 2-7 Uhr nachm.
5127 Paul Lohrmann.

Vollstüch. 5116
Sonnabend, 21. Okt.: Gries-
suppe, Speck, Erbsen mit Wur-
steln und Kartoffeln.
Sonntag, 22. Oktober: Fleisch-
suppe mit Nudeln, Sauerbraten
Kompost und Kartoffeln.
Montag, 23. Oktober: Bier-
suppe, Leberwurst, weiße Boh-
nen und Kartoffeln.
Dienstag, 24. Oktober: Kohl-
suppe mit Kartoffeln, Nudeln
mit Apfel

Politische Rundschau.
Deutschland.

Ernährungsfragen im Hauptauschuß des Reichstags.

Der Hauptauschuß des Reichstags begann gestern die Beratung der Ernährungsfragen. Das Zentrum beantragte die Vorlegung einer Statistik über die Zahl der beim Kriegsernährungsamt und bei den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen, über ihr Gehalt und ihre Konfession. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten angenommen. Präsident Batocki erklärte in einer längeren Rede, bei der Festsetzung der Höchstpreise sei Vorzicht am Platze, da unangebrachte Höchstpreise die Ware verdrängten. Ueber die Art der Bestrafung des Wuchers schwebten Erwägungen. Die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung sei wunderbarerweise sehr hoch geblieben, trotzdem es an Arbeitskräften, Pferden usw. mangle. Eine Erhöhung der Höchstpreise könne nicht bewilligt werden. Die Getreideversorgung verdiene alles Lob. Die Fleischrationierung sei jetzt durchgeführt. Noch größere Schwierigkeiten ständen der Rationierung von Butter und Milch entgegen. Auf Rückschlüsse müsse man sich gefaßt machen. Ein alle Maßnahmen umfassender Wirtschaftsplan sei bereits ausgearbeitet und werde baldigst vorgelegt. Vor einem zu großen Optimismus hinsichtlich der Körnerernte müsse gewarnt werden. Die lokalen Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung seien jetzt im allgemeinen überwunden. (?) Der Kartoffelpreis sei angehts des Ernteergebnisses sehr wohl zu verantworten.

Der Hauptauschuß legte auf eine Anfrage, bei welcher gefordert wurde, daß die Bewohner der besetzten Gebiete nicht besser gestellt sein dürfen als das Inland, General v. Owen das Ernährungsverhältnis in dem besetzten Gebiete Nordfrankreichs dar und betonte, daß die Verpflegung dort rationiert und die Sätze nicht höher als bei uns seien. Ein Zentrumredner wandte sich gegen die Zentralisierung aller Kriegsgesellschaften in Berlin. Die Sachverständigkeit sei doch noch lange nicht in Berlin zentralisiert und der parlamentarische Beirat müsse in allen grundsätzlichen Fragen gehört werden. Ein fortschrittlicher Redner verlangte, man solle endlich vom Fatalismus der Zahlen abgehen und den Viehbestand nach den vorhandenen Futtermitteln einrichten. Der Rinderbestand sei jetzt höher als 1912. Präsident v. Batocki wies darauf hin, daß eine Verlegung des Sitzes der Kriegsgesellschaften aus Berlin schon deshalb nicht ratsam sei, weil sie mit dem Kriegsministerium eng zusammenarbeiten müssen. Bei einer Verlegung des Sitzes in die Provinz würden Klagen über ungenügendes Zusammenarbeiten zunehmen. Es sei zu hoffen, daß die Rindviehbestände auf Grund der guten Futtermittelernte gut durchgehalten werden könnten. Auch die vorhandenen Schweine könnten sehr wohl fettgemacht werden. Ein nationalliberaler Redner bemängelte, daß die Kleinbauern im Kriegsernährungsamt nicht genügend vertreten seien. — Ausführlicher Bericht folgt morgen.

Die Zensur.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte am Dienstag die überraschende Mitteilung, daß die Zensurbehörden bereits seit dem 1. August angewiesen worden sind, die Erörterung innerpolitischer Angelegenheiten keiner Beschränkung zu unterwerfen, daß aber gebäugliche oder die Gesinnung anderer Parteien und Erwerbsstände herabwürdigende Auseinandersetzungen zu vermeiden sind.

Praktisch in die Erscheinung getreten ist diese Milderung der Zensur — von der man jetzt zum ersten Mal hört — nicht, es scheint, daß die Zensoren das Hauptgewicht auf den einschränkenden Satz gelegt haben. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: „Die hier erwähnte Anweisung hat ganz vorwiegend nur einen Scheinfortschritt dargestellt; denn die Erörterung der innerpolitischen Fragen in engerem Sinne war auch vorher mit derselben Maßgabe tatsächlich frei; und gewisse wirtschaftliche Fragen sind nach wie vor zur Erörterung nicht freigegeben, sehr zum Schaden der Sache. In den großen Lebensfragen der Nation vollends ist die Zensur, wenigstens teilweise, noch schärfer und unerträglich geworden.“

Der gleichen Ansicht ist die „Post“, die noch hinzufügt: „Solange der Reichstag tagt, tritt die Zensur allerdings nicht so stark in den Vordergrund; sobald der Reichstag wieder auseinandergegangen sein wird, ist wieder mit den schärferen Maßnahmen zu rechnen. Diese auf eine bestimmte Zeit beschränkte Milderung ändert an dem Grundzug in der Handhabung der Zensur nichts.“

Differenzen in der „Deutschen Fraktion“.

Zu den merkwürdigsten Erscheinungen, die im Reichstag jemals aufgetreten sind, gehört unstreitig die Gründung der Deutschen Fraktion. Alles, was im Reichstag sonst keinen Anstoß zu finden vermochte — Antisemiten, Bauernbündler, Welfen, Wilde — gruppierten sich um den kümmerlichen Rest der Freikonserverativen und bildeten so eine Deutsche Fraktion, die in Wirklichkeit nur eine Art Zweckverband zur Erreichung von Sigen in den einzelnen Kommissionen darstellt. Deshalb entstanden auch im Senatorenkonvent Zweifel daran, ob diese Vereinigung als Fraktion anerkannt werden kann. Die ersten Differenzen sind jetzt eingetreten. Die „Post“ erhält nämlich von der Leitung der Reichspartei folgende Zuschrift:

„Die „Goslarische Zeitung“ findet in einer Bemerkung der „Deutschen Volkszeitung“ die Andeutung, daß die Reichspartei nunmehr unter dem Einfluß der mit ihr in der Deutschen Fraktion zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Welfen sich auf dem Wege befindet, wenn nicht ihre Ueberzeugung, so doch ihr tatsächliches Handeln in den wichtigsten deutschen Lebensfragen nach den welfischen Wünschen zu richten. Eine solche Andeutung würde jeder tatsächlichen Unterlage entbehren. Der Anstoß an die Deutsche Fraktion, welche lediglich bezweckt, den kleineren Gruppen die ihnen bisher verschlossene Möglichkeit praktischer Mitarbeiter im Plenum und namentlich in den Ausschüssen des Reichstages zu eröffnen, hat nicht den mindesten Einfluß auf die Ueberzeugung oder die politische Betätigung der Reichspartei. Unbeirrt von der Fraktionsgemeinschaft und den daraus sich ergebenden persönlichen Berührungen läßt sich die Reichspartei bei ihrem politischen Handeln in wichtigen deutschen Lebensfragen auch jetzt allein von ihrer in nunmehr bald fünfzigjähriger fester Tradition bewährten vaterländischen Gesinnung leiten.“

Die Welfen werden es sich natürlich nicht gefallen lassen, hier gewissermaßen als die Schlepptreuer der Reichspartei hingestellt zu werden, so daß man damit rechnen kann, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis sich die Deutsche Fraktion wieder in einzelne Gruppen auflöst.

Die Schmiegelder bei der Kriegsledergesellschaft.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ bringen zu dieser großen Aufsehen erregenden Angelegenheit eine von „unrichteter Seite“ kommende Darstellung, in der alles als richtig zugegeben wird. In der Zuschrift heißt es:

„Die Gesellschaft hat auf Grund der in der ersten Zeit ihres Bestehens gesammelten Erfahrungen alsbald die Güterverteilung auf eine andere Grundlage gestellt und Vorkehrungen getroffen, wonach eine sachgemäße und unparteiische Verteilung gewährleistet ist. Es liegen aber auch keine Gründe vor anzunehmen, daß in der ersten Zeit die mit der Verteilung beauftragten Beamten ihrer Verpflichtung, das Gesälle unparteiisch zu verteilen, nicht gewissenhaft nachgekommen sind. Leider hat der Angestellte Hermann Holtzhaus das in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht und sich von einer Anzahl Verheiratheten Kommissionen zahlen lassen. Nach einer bei der Firma des Angestellten, Holtzhaus und Unterhölzel in Mühlheim-Kuhle-Speldorf, von dem zuständigen Generalkommando veranlaßten Revision teilte Holtzhaus der Kriegsleder-Aktiengesellschaft mit, daß er von einer Anzahl Firmen eine Kommission auf die Rechnungsbeträge erhalten habe. Er wurde von der Gesellschaft sofort entlassen. Die Gesellschaft brachte am 2. Mai in Gegenwart des Kommissars der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preuß. Kriegsministeriums dem Ueberwachungsausschuß der Lederindustrie die Angelegenheit zur Kenntnis und beantragte die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Die mit der Prüfung der Umstände beauftragte Kommission stellte fest, daß von 28 Firmen, welche Holtzhaus Zuwendungen gemacht hatten, fünf tatsächlich bezüglich der Qualität der Ware bevorzugt worden waren, während die Mehrzahl derselben aus ihren Zahlungen an Holtzhaus bezog. An seine Firma keine Bevorzugung hinsichtlich der Qualität der Ware genossen hat. Eine Bevorzugung hinsichtlich der zugeteilten Mengen war bei der bestehenden Kontrolle der Gesellschaft

von vornherein ausgeschlossen. Die Kriegsleder-Aktiengesellschaft hat das Ergebnis der Prüfung den Behörden behufs weiterer Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Zur Nachwahl in Oshag-Grinna.

Die Leitung der sächsischen fortschrittlichen Volkspartei erklärt, daß sie für die am 23. November stattfindende Nachwahl in Oshag-Grinna den Burgfrieden halten und einen eigenen Kandidaten nicht aufstellen werde. Trotzdem wendet sich die „Kreuzzeitung“ mit besonderer Schärfe gegen die Liberalen, weil sie sich auch nur erlaubt haben, an der Person des konservativen Kandidaten Aussetzungen zu machen. Das konservative Blatt schreibt: „Es ist bezeichnend, daß solche Beanstandungen, ganz ähnlich wie das früher bei Wahlabmachungen geschehen ist, immer nur gegen konservative Kandidaten erhoben werden. Wir wüßten nicht, daß die Konservativen im Zeichen des Burgfriedens auch nur in einem Fall den Anspruch erhoben hätten, die Personenwahl bei einer liberalen Kandidatur zu beeinflussen. Der Liberalismus aber bringt es fertig, für Vertretung eines im konservativen Besitzstande befindlichen Wahlkreises die Wahl womöglich eines liberalen Politikers zu verlangen.“

Aus der Partei.

Parteiorgan und Zentralorgan. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgendes:

In ihrer Sitzung am Dienstag nachmittag nahm die Pressekommision des „Vorwärts“ einstimmig folgende Resolution an: „1. Die Pressekommision erhebt gegen das Vorgehen des Parteivorstandes in der Regelung des Verbots des „Vorwärts“ entchiedenen Protest. Die Kommission ist der bestimmtem Meinung, daß ein derartiges einseitiges Vorgehen des P.-V. ein Verstoß gegen das Parteistatut ist, der P.-V. nur mit dem Einverständnis der Pressekommision berechtigt ist, über den Inhalt des „Vorwärts“ zu entscheiden. Die Pressekommision bleibt daher auf ihrem Standpunkt stehen, daß das in die Redaktion eintretende Mitglied des P.-V. nur über die Zensurverhältnisse zu wachen hat. Die Pressekommision steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß über den Inhalt des „Vorwärts“ nicht das vom Parteivorstand eingeleitete Mitglied zu entscheiden hat, sondern die Redaktion des „Vorwärts“, und daß über Beschwerden über die Redaktionsführung nur, wie im Statut festgesetzt, der Parteivorstand und die Pressekommision gemeinschaftlich entscheiden. 2. Die Pressekommision verlangt, daß der Geschäftsführer, Genosse Fischer, auf Grund des zeitigen Beschlusses der Pressekommision mit dem Oberkommando verhandelt.“

Der Zentralvorstand Groß-Berlin faßte in der gleichen Angelegenheit einstimmig folgenden Beschluß:

„Zentralvorstand und Pressekommision haben Kenntnis genommen von dem Inhalt des Schreibens des Parteivorstandes vom 17. Oktober. Wir entnehmen daraus, daß der Parteivorstand dem Oberkommando das Angebot gemacht hat, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion des „Vorwärts“ eintreten soll mit der Vollmacht, über den Inhalt des „Vorwärts“ zu entscheiden. Der Parteivorstand hat mit diesem Vorgehen das Organisationsstatut durchbrochen. Das Angebot steht in einem ausgesprochenen und beabsichtigten Gegensatz zu einem Beschluß der Pressekommision; es geht überdies weit hinaus über das, was das Oberkommando selbst in bezug auf die Redaktionsführung des „Vorwärts“ verlangt hat. Denn die Forderung des Oberkommandos ging nur dahin, daß in die Redaktion des „Vorwärts“ eine Person eingesetzt werde mit den nötigen Vollmachten, die dem Oberkommando die Garantie bieten, daß die Vorschriften der Zensur beachtet würden. Diese Forderung war von der Pressekommision akzeptiert worden, so daß auf dieser Grundlage das Erscheinen des „Vorwärts“ gesichert gewesen wäre. Um so verwerflicher ist das Verhalten des Parteivorstandes. Er reißt unter Ausnutzung des Belagerungszustandes das Organ der Berliner Parteigenossen an sich und unterdrückt die freie Meinungsäußerung. Die unterzeichneten beiden Körperschaften erheben entschiedenen Einspruch gegen diese beispiellose Vergewaltigung. Im Einverständnis mit den Berliner Parteigenossen, die sich diesem Gemaktsstreich unter keinen Umständen gefallen lassen werden, behalten wir uns weitere Schritte vor.“ Außerdem wurde einstimmig beschlossen, die bisherigen Redakteure des „Vorwärts“ aufzufordern, auf ihren Posten auszuharren und keine Schritte zu tun, ohne sich vorher mit den Berliner Genossen ins Einvernehmen gesetzt zu haben.

Zu diesen beiden Resolutionen sei das Folgende bemerkt:

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

1. Fortsetzung.

Hier traf er auf eine Anzahl heurlaubter Soldaten, welche als Kadrtäger Möbel aus einer Wohnung herauschaffen. Es war ihm schon bekannt, daß hier ein alter Deutscher, ein Beamter, wohnte. Wahrscheinlich zieht er fort, der Deutsche und möglicherweise ist jetzt die Alte vorläufig allein in der vierten Etage. Ganz gut so, für jeden Fall, dachte er, und schellte an der Wohnung der Alten. Die Glocke klang matt, als sei sie aus Blech und nicht von Kupfer. In Häusern dieser Art gibt es fast nur solche Schellen. Er hatte bereits den Ton der Hausschelle wieder vergessen, als es ihm war, als ob plötzlich ein ganz absonderlicher Klang auf ihn eindränge, als ob etwas vor ihm grell erlebe — er schrak zusammen; seine Nerven waren in der Tat recht angegriffen.

Einen Augenblick später öffnete sich die Tür auf einen kleinen Spalt weit. Die Bewohnerin blickte durch denselben mit sichtlichem Mißtrauen auf den Anstömmling; nur ihre kleinen Augen glänzten in der Dunkelheit. Als die Alte auf dem Vorfall die räumenden Leute wahrte, öffnete sie ganz. Der junge Mann trat über die Schwelle in den dunklen Vorfall, welcher durch eine Wand geteilt war, hinter der sich die kleine Küche befand. Die Alte stand schweigend vor ihm und sah ihn fragend an; es war eine kleine, vertrocknete Frau von etwa sechzig Jahren, mit stehenden, bösen Augen, kleiner spitzen Nase und barhäuptig. Das spärliche weiße Haar glänzte fettig von Pomade. Um ihren dünnen, langen Hals, einem Hühnerbein nicht unähnlich, war ein Flanelllappen gebunden und auf den Schultern trug sie trotz der Hitze einen abgetragenen und gelbgewordenen Ueberwurf. Bismweilen hustete oder räusperte sie die Alte. Mochte es sein, daß nun der junge Mann mit einem eigenartigen Ausdruck den Blick auf sie heftete, in ihren Augen stieg plötzlich wieder das frühere Mißtrauen auf.

„Rastolnikow, Student,“ hub der junge Mann sich verbeugend an, mit der Empfindung, daß er hier freundlicher sein müsse, „ich war bereits vor einem Monat bei Euch.“

„Beginne mich wohl, Herr, recht gut sagat, daß Ihr hier waret,“ versetzte die Alte höflich, ohne nach ihrer Gewohnheit den fragenden Blick von seinem Antlitz wegzuwenden.

„Nun wohl, ich komme wieder in einer gewissen Angelegenheit,“ fuhr Rastolnikow fort, etwas aus der Fassung gebracht und verwundert über das Mißtrauen der Frau.

„Wenn sie immer so bleiben sollte,“ dachte er unangenehm berührt bei sich, „aber so habe ich sie doch damals nicht gefunden.“

Die Alte verhielt sich schweigend wie in Gedanken versunken.

darauf aber trat sie zur Seite, zeigte nach der Stubentür und sagte, den Besucher vorüberlassend: „Tretet ein, Herr!“

Es war ein ziemlich kleines Zimmer, in welches der junge Mann eintrat, mit gelber Tapete beklebt; Geranien und nelkenfuchene Gardinen schmückten die Fenster, welche von der untergehenden Sonne hell beschienen wurden.

„In jenem Augenblick wird vielleicht die Sonne auch so leuchten,“ ging es unbewußt Rastolnikow durch den Sinn, und mit schnellem Blick überflog er das Zimmer, um sich nach Möglichkeit über das Terrain zu informieren. In jenem befand sich aber nichts Besonderes. Die Möbel, alt und von gelbem Holz, bestanden in einem Sofa mit ungeheurer, hölzerner Rückenlehne, einem alten, ovalen Tische vor diesem, einem Toiletetisch mit Spiegel, an einer Seitenwand, Stühlen an den Wänden und zwei oder drei billigen Bildern in gelben Rahmen, auf denen deutsche Frauen mit Vögeln auf den Händen abgebildet waren — dies war das ganze Meublement.

In der Ecke vor einem kleinen Heiligenbild brannte eine Lampe. Ringsum herrschte große Reinlichkeit, die Möbel und der Fußboden waren glänzend blank poliert, so daß alles glänzte.

„Das ist Elisabeths Hand,“ dachte der junge Mann; kein Strohhalmchen war im ganzen Raume wahrzunehmen, die bösen alten Witwen pflegen stets so reinlich zu sein;“ neugierig beugte er sich unter dem lattunenen Vorhang vor der Tür, die in das zweite Gemach führte, hinweg. Hier stand das Bett der Alten und deren Kommode; er hatte noch nie einen Blick in diesen Raum getan. Die beiden Gefasse bildeten die ganze Wohnung.

„Was ist gefällig?“ frug die Frau in trockenem Tone, in die Kammer folgend, und wie vorher, ihm forschend ins Auge schauend.

„Ich bringe ein Band, hier ist es!“ Er zog aus seiner Tasche eine alte silberne Taschenuhr. Auf der Rückseite derselben zeigte sich ein Globus eingraviert, die Uhrfette war von Stahl.

„Und das frühere wollt Ihr wohl verlängern?“ Es ist seit vorgestern ein Monat, daß es verfallen ist.“

„Ich werde Euch auch die Procente für diesen Monat bringen; gebuhlet Euch nur.“

„Das wäre allein mein guter Wille, Herr, ob ich mich noch gebuhle oder Euer Pfand jetzt verkaufe.“

„Gebt Ihr was Rechtes für die Uhr hier, Aliona Iwanowna?“

„Was Ihr da für Blunder bringt, Herr, das ist gar nichts wert; für den Ring habe ich Euch das vorigemal zwei Papierrubelchen gegeben, obwohl man einen nagelneuen beim Juwelier schon für anderthalb kaufen könnte.“

„Gebt vier Rubel und ich schlage los; sie ist noch von meinem Vater. Ich werde wohl bald Geld erhalten.“

„Anderthalb Rubel und die Procente im voraus, wenn Ihr wollt.“

„Anderthalb Rubel!“ rief der junge Mann aus. „Nun, wie Euch beliebt.“ Die Alte reichte ihm die Uhr zurück; der Jüngling ergriff sie; er war so aufgebracht, daß er im Begriff stand, fortzueilen, aber er besann sich; er wußte, daß er nicht weiter gehen konnte, und für einen anderen Zweck hergekommen sei.

„Her damit!“ antwortete er rauh.

Das Weib fuhr in die Tasche nach ihren Schlüsseln und ging in die Nebenstube hinter den Vorhang. Der junge Mann, allein zurückbleibend, begann gespannt zu hören und zu beobachten. Man vernahm, wie die Frau ihre Kommode aufschloß. „Es muß der obere Kasten sein,“ kalkulirte er, „die Schlüssel trägt sie wohl in der rechten Tasche, alle an einem Band in stählernem Ringe. Einer von ihnen ist größer als die übrigen; drei sind mit gesacktem Bart, die gehören gewiß nicht zur Kommode. Es ist wahrscheinlich noch irgend eine Schatulle oder ein Kasten vorhanden. Das muß man erfahren. Zu Kästen hat man oft solche Schlüssel.“

— Ja, wie niedrig doch das alles ist! —

Die Alte kehrte zurück.

„Hier, Herr; wenn wir also zehn Kopeten vom Rubel auf dem Monat rechnen, so macht das bei anderthalb Rubel fünfzehn Kopeten, auf einen Monat voraus. Und für die zwei Rubel von früherher nach derselben Rechnung noch zwanzig Kopeten; so wären es im ganzen fünfundsiebzig Kopeten. Hättet also jetzt im ganzen zu empfangen für Eure Uhr einen Rubel fünfzehn Kopeten. Hier ist Geld!“

„Wie? so bekäme ich jetzt nur einen Rubel fünfzehn Kopeten?“

„So ist es.“

Der Jüngling verlor kein Wort mehr und nahm das Geld in Empfang. Er blickte das alte Weib an und beeilte sich keineswegs zu gehen, so sehr jähelte er sich versucht, etwas zu antworten oder zu tun, aber er war sich selbst nicht klar darüber, was er von ihr wollte.

„Ich werde Euch wahrscheinlich nächster Tage noch ein Band bringen, Aliona Iwanowna, ein silbernes, sehr gutes, nämlich ein Zigarettenkästchen. Ich werde es von einem Bekannten erhalten.“ Er verzog das Gesicht und schwieg.

„Nun dann wollen wir schon darüber sprechen, Herr.“

„Gehabt Euch wohl. Seht Ihr denn stets allein daheim, ist Eure Schwester nicht da?“ frug er gleichsam obenhin, als er durch den Vorfall hinausschritt.

„Wollt Ihr etwas von ihr, Herr?“

„Durchaus nicht, ich frug nur so — Ihr seid doch jetzt — nun, gehabt Euch wohl, Aliona Iwanowna!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Parteivorstand hat in seinem am 18. Oktober veröffentlichten Aufruf an die Leser des „Vorwärts“ folgendes festgestellt: Der Parteivorstand kam auf Grund der mehrfachen Verhandlungen mit Zentralvorstand und Pressekommision zu der Ueberzeugung, daß es unmöglich sei, mit diesen Körperschaften zu einer Verständigung über Maßnahmen zu gelangen, die die Aufhebung des „Vorwärts“-Vertrages ermöglichen. Der von der Pressekommision vorgeschlagene Weg, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion eintreten und die Vollmacht erhalten sollte, die Beobachtung der Zensurvorschriften zu überwachen und zu erzwingen, war unannehmbar. Einem Mitglied des Parteivorstandes kann nicht zugemutet werden, für ein Blatt die Verantwortung zu tragen, auf dessen Haltung es und der Parteivorstand keinen Einfluß haben und das in den Lebensfragen der Partei gegen seine Ueberzeugung redigiert würde. Der Parteivorstand war daher gezwungen, so zu handeln wie geschehen, mehr für die Partei, das „Vorwärts“-Unternehmen und die „Vorwärts“-Druckerei nicht der schwerste Schaden entstehen sollte. Vor einer Unterdrückung der freien Meinungsäußerung kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil. Der Parteivorstand ist stets dafür eingetreten, daß im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteimehrheit zur Geltung kommt und nicht nur die der Minderheit. Wir stellen dies erneut fest.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die in Berlin ansässigen Rumänen, deren Zahl verhältnismäßig groß ist, wurden interniert und nach Galsmünden gebracht.

Generaloberst v. Klud

wurde sein Abchiedsgeheiß genehmigt. Er wurde unter den üblichen Ehren zur Disposition gestellt.

Regelung der Arbeitsverhältnisse in den besetzten Gebieten.

Der Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung stellt den Grundgedanken auf, daß der Besetzende „alle von ihm abhängigen Vorschriften zu treffen hat, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten“; diese Vorschriften sind zu treffen „unter Beachtung der Landgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht“.

Auf Grund dieses Artikels teilt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ mit, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete — da insbesondere durch die rechtswidrige englische Absperrung der deutschbesetzten Gebiete vom freien Weltmarktsverkehr und von der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr ein höchst bedenklicher Mangel geschaffen worden ist — weitgehend als bisher zur Mitarbeit an der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens herangezogen werden müsse. Hierher gehören vor allem die landwirtschaftlichen Arbeiten im weitesten Sinne, also insbesondere die Arbeiten zur Bestellung des Landes und zur Ernte der Ernte. Denn es bedarf keiner Ausführungen, daß die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben nur aufrechterhalten werden können, wenn die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt ist. In sämtlichen besetzten Gebieten hat aber seit Beginn der Besetzung, also jetzt bereits in den dritten Besetzungszeitraum hinein, die Sicherstellung der Landesernährung in Ausmaß wie Ernte nur durch die sorgfältige und hingebende Mitarbeit der deutschen Besatzungstruppen und durch die Mitwirkung ihrer Gespanne erfolgen können. Ohne die dadurch erzielten Erntetrugnisse wäre trotz der dankenswerten Zusätze des spanisch-amerikanischen

Hilfskomitees für die Bevölkerung der westlichen Besatzungsgebiete die Verpflegung eine unzureichende gewesen. Dem Eingreifen und der Mitarbeit der deutschen Militärbehörden verdankt die Bevölkerung somit eine auskömmliche Ernährung. Es entspricht daher nur der Sachlage, wenn die Bevölkerung zur Mithilfe an dem Werk ihrer eigenen Ernährung in stärkerem Maße und gegebenenfalls auch zwangsweise herangezogen wird. — Auch noch in mancher anderen Beziehung liegt in den besetzten Gebieten ein Mangel vor.

Abgeschossene amerikanische Flieger.

Der Flieger Marcel Doinjot wurde im Luftkampfe getötet. Nach dem „Petit Parisien“ wurden außer Prince auch die amerikanischen Flieger Chapman und Rowell, ebenfalls Teilnehmer am Flug nach Oberndorf getötet.

Der Bierverband fordert einen spanischen Hafen.

Eine mit Vorsicht aufzunehmende Meldung verzeichnet „El Est“ aus Madrid: Die Entente forderte unter dem Vorwand, daß sie eine Schutzmaßnahme gegen die deutschen Uferboote benötige, die Ueberlassung des Hafens Mahon auf der Insel Menorca von der spanischen Regierung. Um den Besitz dieses Hafens besteht eine alte Rivalität zwischen England und Frankreich. Der Hafen Mahon ist von wichtiger strategischer Bedeutung gegenüber den französischen Flottenstützpunkten Toulon und Bizerta.

Neue englische Anleihe in Amerika.

Der Vertreter des Wolffbüros meldet aus New York, daß England wegen einer neuen Anleihe von 250 Millionen Dollar verhandelt. Die Bedingungen sollen dieselben sein wie die der 250-Millionen-Anleihe, die im August hier aufgenommen worden ist.

Aus Nah und Fern.

Die Kartoffelnot. Der Landrat des Kreises Bestum hatte die Landwirte öffentlich aufgefordert, schnellig Kartoffeln zu liefern, damit die Industriebefölkerung keine Not zu leiden brauchte. Jetzt macht er kund: „Ich habe bis jetzt von einer zwangsweisen Enteignung absehen zu sollen geglaubt in der Erwartung, daß die Landwirte, dem Ernst der Zeit entsprechend, ihre nicht unbedingt selbst benötigten Kartoffeln freiwillig abgeben würden. Ich habe mich getäuscht und bin nun gezwungen, die durch gesetzliche Bestimmungen vorgeordnete Enteignung in die Wege zu leiten.“

Ein wahres Glück... „Seit zwei Jahren“, so lesen wir im „L'oeuvre“ vom 26. v. M., „sehen wir bloß noch zum Himmel auf, um Flieger oder feindliche Zeppeline zu erspähen. Darüber haben wir ganz die Freude an der Schönheit des nächtlichen Himmels gewöhnt, die sich gerade in diesen Tagen in vollem Maße offenbart. Sehen wir also wieder einmal zum Sternenhimmel auf und knüpfen wir zeitgemäße Betrachtungen daran. Diese leuchtenden Künstchen, das wären also möglicherweise Welten wie unsere Erde mit Lebewesen in der Art unserer Menschen? Denn es ist doch nicht anzunehmen, daß von Milliarden dieser Weltkörper ausgerechnet nur gerade ein einziger bewohnt sei, organisches Leben zu tragen! Da schlaue ich mich auch wohl auf den anderen Planeten die Menschen, wie sie sich auf dem unseren schlagen? Denn es ist doch wirklich nicht anzunehmen, daß bloß wir auf so ausgefallene

„Ideen kommen! Weit eher steht zu vermuten, daß man auch auf den anderen Planeten den Grad unserer Zivilisation erreicht hat, ja vielleicht schon über die schweren Kanonen und erschütternden Gase hinaus ist. Es hieße sich doch wirklich zuviel einbilden, wollten wir glauben, daß in dem ungeheuren Weltall, in dem wir nur der Tropfen am Eimer sind, niemand außer uns das Geheimnis besäße, wie man sich gegenseitig vernichtet. Nur gedankenlose Menschen können behaupten, daß der Anblick des gestirnten Himmelszettes Frieden in die Seele gieße. Wir müssen uns noch glücklich preisen, daß noch keine Verbindung mit den anderen Planetenbewohnern hergestellt ist. Da kämen wir aus den Kriegserklärungen wirklich nicht mehr heraus.“

Ein Drama zur See. Aus Lundersted wird mitgeteilt: Der Stockholmer Dampfer „Mittid“ ist während des Sturmes im Nalands-See gesunken. Die Besatzung von 10 Mann und zwei Frauen verließ den Dampfer in zwei Rettungsbooten, von denen das eine mit sechs Mann und zwei Frauen kenterte. Alle Personen, ausgenommen eine Frau, die sich in das zweite Boot rettete, ertranken. Das zweite Boot traf bei dem Uferstrecke Leuchtturm ein. Ein Leuchtturmatrose war tot, der zweite Maschinist wurde wach und ist über Bord gesprungen.

Untergang eines englischen Dampfers. Aus einer Londoner Kabelmeldung des „Matin“ geht hervor, daß der englische Dampfer „Baron Larborough“ (1784 Tonnen) im Mittelmeer unterging. Die Besatzung wurde von dem französischen Dampfer „Meberna“ gerettet. — Lloyd's berichtet: Der japanische Dampfer „Banama“ (6000 Tonnen) ist auf dem Wege von Hongkong nach Victoria an einer gefährlichen Stelle gescheitert.

Die Wohnungsnot in Kopenhagen. Die seit einiger Zeit bestehende Wohnungsnot in Kopenhagen ist jetzt in der Umgegend zu einer Katastrophe geworden. Zahllose, vor allem kinderreiche Familien des Mittelstandes finden keine Unterkunft. Der Magistrat läßt mehrere Gemeindeschulen und leerstehende Läden zu Schlafgelegenheiten einrichten und eröffnet demnächst eigene Wohnbaracken.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 3. Heft vom 1. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nur Politik? Von Wolf Braun. — Das Elsaß während der französischen Revolution. Von Ernst Ludwig. (Schluß.) — Rumänien im Weltkrieg. Von U. S. Jobagul. — Auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse. Von Wilhelm Reil.

Verlustlisten.

Erhalten sind:
Preussische Verlustliste Nr. 663.
Bayerische Verlustliste Nr. 308.
Sächsische Verlustliste Nr. 344.
Marine-Verlustliste Nr. 90.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johanniskstraße 46, einzusehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Kriegs-Brockensammlung

wird in nächster Zeit ins Leben treten. Ueber ihren Zweck und ihre Einrichtungen wird am Dienstag, dem 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Johanneums der Schöpfer und Leiter der Abfallsammlung und Abfallverwertung in Hannover, Herr Generalsekretär Komoll einen

Vortrag mit Lichtbildern

halten. Der Ausschuß bittet die Behörden, Vereinigungen und Personen, die an der geplanten Einrichtung verwaltungstechnisch oder ideell Anteil nehmen, um Erscheinen.

Zutritt frei auch für jedermann.

Der Ausschuß für die Brockensammlung.

5118

Vorläufige Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Eierkarten.

Nach § 1 der „Bekanntmachung“ des Polizeiamts vom 5. v. M. betreffend den Verkehr mit Eiern, werden Eierkarten nur auf Antrag ausgehändigt. Antragsermittler auf Zuteilung von Eierkarten werden

in der Stadt und den Vorstädten bei den Polizeiwachen von Freitag, dem 20. d. Mts. ab, in den eingemeindeten Gebieten und im Landgebiet bei den Polizeistationen und bei den Gemeindevorstehern von Sonnabend, dem 21. d. Mts. ab

ausliegen. Auf Antrag haben nur diejenigen, deren Vorrat weniger als zehn Eier für den Sonntag beträgt: Selbstversorger (Sachverständige) keinen Anspruch auf Eierkarten.

Die Ausgabe der Eierkarten erfolgt bei der nächsten Brotverteilung.

Lübeck, den 19. Oktober 1916.

Das Polizeiamt.

Verbot des Handels mit Ferro-Silizium.

Eine Verordnung des k. k. Generalkommandos verbietet den Handel mit elektrisch hergestelltem Ferro-Silizium (hochprozentig) in jeder Gestalt und Zusammensetzung.

Veräußerung und Lieferung von Ferro-Silizium ist nur zulässig an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, Berlin W. 9, Potsdamerstraße 10/11, ferner an die Eisen-Zentrale G. m. b. H., Berlin SW. 11, Königgrätzerstr. 97/99, sowie an solche Firmen, die sich durch ein schriftliches Abkommen mit der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des k. k. Reichs-Rüstungsministeriums als von dieser mit dem Anfall von Ferro-Silizium beauftragt, ausweisen können.

Lübeck, den 19. Oktober 1916.

Das stellvertretende Generalkommando IX. Armeekorps.

Zigarren!! Zigaretten!!

Tabak — Zündhölzer (beste Priesterhölzer Pak. nur 38 A)

— Bekannte konkurrenzlos billige Preise.

Grundmann, Lübeck, Schüsselbuden 18 L.

Billigste Bezugsquelle für Private u. Händler.
Filialen: Mühlstr. 11 — Huxstr. 123. 5112

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 21. Oktober 1916

Großes Konzert

ausgeführt von der gesamten Kapelle des Ers.-Bat. 34
Dirigent: Herr Böckwig. (5114)
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 A.

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt.

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Chorverein Lübeck

Die Gesangstunde des Männerchors findet

heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

5122) Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Letzte Aufführungen!

Marietje singt!

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf Zig.-Gesch. Sager, Kohlmarkt u. an d. Theaterkasse

10—1 und ab 6 Uhr. (5129)

Sonntag 4 Uhr: Familien- u. Fremdenvorstell.

20, 50 und 100 A.
Der Rathsfänger von Hameln.
Vorverkauf Theaterkasse.

Stadttheater.

Freitag, d. 20. Oktober 1916

Anfang 8 Uhr:

Einmaliges Gastspiel des Hamburg. Thalia-Theaters (Direktion: H. Röbbeling):
Neuheit! Neuheit!

Am Teetisch.

Lustspiel v. Carl Sloboda.

Sonnabend, 21. Oktober 1916

Anfang 8 1/4 Uhr:

Rigoletto.

Oper von G. Verdi.

Sonntag, den 22. Oktober 1916

nachmittags 3 Uhr

Jeder Platz 50 Pfg.

Das Glück im Winkel.

Schauspiel von H. Sudermann.

Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abends von 8 1/2 b. 9 1/2 Uhr an der Theaterkasse.

Abends 8 Uhr:

Neuheit! Neuheit!

Die Csardasfürstin

Operette von E. Kálmán.

Arbeiter

bei hohem Lohn gesucht.

Lübecker Gaswerke

Moislinger Allee Nr. 9

5123

und

Geniner Strasse Nr. 30.